

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Volkschule und Landtag in Preußen.

Die Berliner Lehrer haben die löbliche Gepflogenheit, regelmäßig einige Monate vor den jeweiligen Landtagswahlen in Preußen eine Versammlung abzuhalten, in der sie die Wünsche der Lehrerschaft an den preussischen Landtag zur Debatte stellen und formulieren. So war es 1893, so war es 1898, so war es vor einigen Wochen auch in diesem Jahre. Die beiden letzten Male fungierte als Sprecher der Lehrerschaft der bekannte pädagogische Vorkämpfer und Vorkämpfer Teos. 1898 hatte Teos seine Ausführungen bescheiden überschrieben: „Was wünschen wir von dem neuen Abgeordnetenhaus für die Volksschule?“ Von weiteren Gesichtspunkten ausgehend und scharfe Worte keineswegs vermeidend, begründete er eine Reihe notwendiger Forderungen der preussischen Volksschule. 1903 überschreibt Teos seine Rede anspruchsvoll „Lebensfragen der preussischen Volksschule“, um unter ängstlicher Vermeidung handfester und durchgreifender Accentuierung die Forderungen vom Jahre 1898 nochmals aufzustellen.

Lernen wir diese „Lebensfragen“ zunächst genauer kennen: Trennung des Unterrichtsministeriums vom Kultusministerium, Fachaufsicht, Revision des Besoldungsgesetzes, Aenderung des Ruhegehalts-Ressortgesetzes, Erlass eines Schulunterhaltungs-gesetzes, Aufhebung der Privatpatronate, Sitj und Stimme für Lehrer in Schulvorständen und Deputationen, passives Wahlrecht für die Lehrer in Gemeindevertretungen, einheitliche Bestimmungen über Schulpläne und Schulverwaltungsstrafen, obligatorische Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen in Stadt und Land, Reform der Lehrerbildung, Regelung des Abcements der Lehrer, Veseitigung der niederen Kirchendienste, Verkleinerung der Schullassen und Vermehrung des Lehrpersonals, Weiterentwicklung der Volksschule zu einer einheitlichen nationalen Bildungsanstalt durch Veseitigung der konfessionellen Trennung der Schule, der Vorschulen und Elementarklassen an Mitteln und an höheren Mädchenschulen, Normativbestimmungen über Einrichtung und Ausstattung der Unterrichtsräume.

Kein Socialdemokrat wird die Verächtigung und Mäßigkeit, ja die Notwendigkeit dieser Wünsche und Forderungen bestreiten. Aber um sie als „Lebensfragen“ der preussischen Volksschule ästimieren zu können, bedarf es eines größeren Maßes von Bescheidenheit, als es Socialdemokraten bei der Erörterung und Propagierung von Kulturfragen besitzen. Wir wollen ganz davon absehen, daß die überwiegende Zahl dieser Wünsche mehr den Lehrer als den Schüler angehen, aber um so schärfer muß kritisiert werden, daß bei der langen Reihe der Forderungen der große vorwärtstreibende, einheitliche Gesichtspunkt fehlt. Es handelt sich fast bei den ganzen Forderungen um Fäden, mit denen die ärgsten Blüten des preussischen Volksschul-Plünderwerks notdürftig verdeckt werden sollen.

Nun werden freilich Teos und Genossen mit überlegenem Lächeln sagen: wir sind keine Zukunftsstaatspolitiker und keine Utopisten, wir sind Realpolitiker, die das Erreichbare ins Auge fassen, statt ihre gute Sache durch unerfüllbare Forderungen zu kompromittieren. Aber sind denn die obigen Forderungen erreichbar? In den letzten fünf Jahren ist kaum ein Faden von den Fäden durch den preussischen Landtag realisiert worden, wohl aber steht das ganze Plünderwerk mit samt den geplanten neuen Fäden ersichtlich vor der Gefahr, auf dem Altare des Merkantilismus und der Junkerreaktion geopfert zu werden. Darum darf die Parole für die wahren Schul- und Bildungsfreunde nicht lauten: ängstliche Anpassung an die Launen der bildungsfeindlichen Mehrheit, sondern: frischer, fröhlicher, rücksichtsloser und grundsätzlicher Kampf für ein neues Bildungssystem, gegen pfäffischen, junkerlichen und leider auch bürgerlichen Obskurantismus!

Das Wenige, was der socialdemokratische Aufruf zu den Landtagswahlen in Bezug auf die Schulfrage enthält, schließt die gesamten Spezialforderungen der Lehrerschaft in sich ein; aber der Aufruf geht nicht der grundsätzlichen Auseinandersetzung aus dem Wege, sondern er fordert sie direkt heraus: Trennung der Schule von der Kirche — das ist die alte demokratische Forderung, der dieserweg soviel Eifer und Leidenschaft gewidmet hat, nicht Konfessionsschulen, nicht Simultanschulen, sondern konfessionslose Schulen; Hebung des Volksschulweins durch mögliche Erhöhung der Leistungen für die körperliche und geistige Ausbildung — das bedeutet die Parole gegen die jämmerliche Auauserigkeit preussischer Finanzminister gegenüber den Kulturaufgaben; Vermehrung und materielle Besserstellung der Lehrer — das ist ein Fehdehandschuh gegen die erbärmliche Besoldung und Ausbeutung der Lehrslaven durch konservative Patronate und liberale Stadtverwaltungen; Einheitsschule für alle schulpflichtigen Kinder — das bedeutet Veseitigung des heutigen nach Klassen, Rassen, Ständen, Geldbeutel, Geschlechtern, nur nicht nach der Intelligenz zerrissenen und verschachtelten Schulworts; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und Vereinheitlichung der Lehrmittel — eine notwendige Konsequenz der Einheitsschule; Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Stadt und Land; und endlich Uebernahme der Kosten für die Volksbildung durch den Staat — das ist die Aufrollung der ganzen Schulfrage auf denbar breitere Grundlage, das bedeutet den Kampf um die Herrschaft über die Schule.

Allerdings gerade diesen großen Kampf fürchten die Liberalen. Dank ihrer schwächlichen Haltung in früheren Jahrzehnten sind sie numerisch von der Reaktion fast völlig erdrückt worden. Wenn sie sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen abermals schwächlich zeigen, ist zu befürchten, daß statt einiger Socialdemokraten eine ganze Reihe ausgesprochenen Reaktionäre mehr in den preussischen Landtag einziehen. Dazu kommt, daß die Freikonservativen,

die sich bei dem Jedlitz-Schulkampf 1892 noch einigermaßen widerstandsfähig erwiesen, inzwischen ihren Frieden mit den Konservativen und Merkantilen gemacht haben und für die Verpfändung der Schule zu haben sind. Daß ein allgemeines Schulgesetz eingebracht wird, ist zwar nicht anzunehmen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien brauchen sich in diese Unkosten gar nicht mehr zu stürzen. Einen Teil von dem, was der Jedlitzsche Gesekentwurf wollte, ist inzwischen längst durch Verordnungen und Verfügungen von hinten herum Tatsache geworden, der Rest wird gleichfalls Stückweise durchgeführt. Ein recht großes Stück soll anscheinend im Zusammenhange mit dem in Aussicht stehenden Schulunterhaltungs-gesetz verwirklicht werden.

Darob geben sich die liberalen Blätter ganz erregt, und sie sparen nicht an Worten, um die Schulfrage als die wichtigste Frage beim diesmaligen Wahlkampfe hinzustellen. Mit Unrecht. Die wichtigste Frage ist und bleibt die Wahlrechtsfrage. Jede Förderung, die diese durch die bevorstehenden Wahlen im Sinne der Demokratisierung erfährt, bedeutet eine ebenso große direkte Förderung der Schule in Preußen. Das Umgekehrte ist dagegen nicht der Fall. Wir sind gewiß nicht verdächtig, mit dem konservativen oder merkantilen Schulideal zu sympathisieren, und wir würden im Kampfe gegen weitere gesetzliche Rückschritte im preussischen Schulwesen unsern Mann stehen. Aber in das Pfaffengetöse über die gefährdete Schule, wie es von den Liberalen jetzt erhoben wird, stimmen wir nicht mit ein. Einmal: was ist denn das noch groß zu gefahren? Und welche Garantien bieten die Liberalen, daß das Schulwesen unter ihrer Verwaltung wesentlich besser wäre? Bundesstaaten und Städte in Deutschland mit „liberaler“ Regierung und Verwaltung können mit ihrem Schulwesen kaum mehr Staat machen als Preußen. Zum andren aber: es giebt gegenüber allen schulfreundlichen Plänen und Anschlägen der junkerlich-merkantilen Reaktion und auch gegenüber dem Schul-Indifferentismus des Bürgertums eine Macht, die das eine wie das andre früher oder später niederzuringen wird, die erwachte und die erwachende Arbeiter-schafft.

Das ist keine wohlfeile Phrase. Bisher streiten sich Adel, Geistlichkeit und Bürgertum um die Volksschule, also um ein Ding, das keiner der drei Mächtfaktoren um seiner selbst willen anerkennen, sondern in dem alle drei nur ein Instrument zur Wiedererzeugung oder zur Veseitigung ihrer Herrschaft sehen. Die Arbeiterschaft allein hat ein direktes Interesse an der Volksschule. Sie bedarf der Schule zum Zwecke ihrer Emancipation. Ohne freie Schule keinen freien Staat!

Wenn deshalb wirklich dank der Principienlosigkeit und Feigheit des Liberalismus dem nächsten Landtage die Wahl für die weitere Anebelung und Kurzhaltung der Volksschule freigegeben werden sollte, so würde es sich dabei nur um eine Episode handeln. Die Klassenbewußte, socialdemokratische Arbeiterschaft wird sich früher oder später die Bildungsmittel erkämpfen, die ihr neben der wirtschaftlichen Befreiung die geistige Erlösung und Selbständigkeit garantieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November.

Die Handelsvertrags-Wisere.

Die Aussicht auf baldige Abschließung neuer Handelsverträge schwindet mehr und mehr. Wie der „Berliner Börsen-Courier“ erfährt, ist auf Erundigungen, die im preussischen Handelsministerium über den Stand der Handelsvertrags-Verhandlungen eingelegt worden sind, Mitgliedern der hiesigen Handelswelt die Antwort erteilt worden, daß an die Einführung der neuen Handelsverträge vor dem 1. Januar 1905 schwerlich gedacht werden könne. Danach muß die Regierung von dem Optimismus, der sie im Dezember vorigen Jahres befeelte und sie dem Kardorffschen Antrage zustimmen ließ, doch beträchtlich eingebüßt haben. Denn da sie willens ist, die Handelsverträge, sobald diese im Reichstage Annahme gefunden haben, ohne Einhaltung der einjährigen Kündigungsfrist in Geltung zu setzen, so bedeutet die obige Antwort, daß sie selbst stark daran zweifelt, noch im nächsten Jahre solche Verträge zu stande zu bringen. Und thatsächlich hat sie allen Anlaß zu derartigen Zweifeln; denn auch die vor einigen Tagen wieder abgebrochenen Unterhandlungen mit der Schweiz haben, ebenso wie die in Petersburg gepflogenen Konferenzen, bisher nur zu einem gegenseitigen „Versehen“ geführt. Nächste Woche soll nun in Berlin zwischen den deutschen und russischen Unterhändlern die zweite Verhandlungsbeginn und wenn möglich bis zum Dezember beendet werden, damit dann die Verhandlungen mit der Schweiz wieder aufgenommen werden können. Ob aber dieser Plan sich verwirklichen läßt, das ist die Frage. Denn — seit Wittes Austritt hat sich die Situation in Rußland wesentlich geändert: das frühere halbe Entgegenkommen ist, wie die Haltung der offiziellen Presse beweist, einer kalten Zurückhaltung gewichen. Witte arbeitet darauf hin, sich die verlorene Gunst des Jaren wieder zu erwerben, und als ein gutes Mittel zu diesem Zweck dünkt ihm anscheinend die Hervorkehrung äußerster Qarnächtigkeits gegenüber den deutschen Ansprüchen.

Und wenn schließlich glücklich die zweite Beratung zwischen den Unterhändlern erledigt ist, dann folgt die dritte Lesung, darauf die Unterhandlung mit Italien, Oesterreich, Rumänien, das zur Zeit nach dem Vorbilde der andren Staaten sich ebenfalls mit der Ausarbeitung eines neuen schutzollnerischen Tarifs plagt, und zuguterleht der äußerst erbitterte Kampf im Reichstage. Man kann begreifen, daß es nachgerade der Regierung recht schwill bei dem Gedanken an die ihr bevorstehenden Verlegenheiten wird.

Wahlfälschungen.

Nach den Reichstagswahlen liefen Schauer-geschichten durch die Presse, in welcher Weise — Socialdemokraten Wahlfälschungen getrieben hätten. Nichts von all den verkleumderischen Erfindungen konnte bewiesen werden.

Die Akten der Wahsprüfungs-Kommission werden sehr bald beweisen, wo gefälscht worden ist. Inzwischen aber erregen zwei Wahlfälschungs-Prozesse die Aufmerksamkeit, in denen festgestellt worden ist, daß die Ordnungsbücher selbst nicht vor verbrecherischen Handlungen zurückgeschreckt sind, um das Blut der Wahl zu korrigieren.

Der erste Prozeß fand in Konitz statt. Von der dortigen Strafkammer wurde der Gemeindevorsteher Semrau in Damerau zu sechs Wochen, die Besitzer Otto und Schlep zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Ihr Vergehen stellt die „Volks-Zeitung“ so dar:

Semrau hatte als Wahlvorsteher, wie er selbst zugiebt, die Wahl geschlossen und in das Protokoll geschrieben: Alle Stimmen lauten auf den Namen v. Komierowski. Die Wahlcouverts wurden erst hinterher geöffnet und da fand sich eine Stimme für den Antisemiten Bödler. Um nun das Protokoll nicht ändern zu müssen, entfernten die drei Dorfchläuen den Bödler-Zettel und legten einen Zettel für von Komierowski in das Couvert, verriegelten die Papiere und sandten sie an den Landrat. Die antisemitische Stimme stammte vom Ortslehrer, der, da er in den sämtlichen Berichten seine Stimme vermisste, Anzeige erstattete.

Dieser Fall ist mehr, wie der Staatsanwalt bemerkte, eine „bodenlose Dummheit“.

Dagegen ist der Kösliner Vorgang die frechste Wahlfälschung, die denkbar ist. Bei der Stichwahl zwischen dem Konservativen Wallewiz und dem freisinnigen Barth stand das Resultat auf des Wessers Schneide. In dem Dorfe Gr. Satsche wurden nun einfach Barthsche Stimmen unterschlagen. 43 einwandfreie Zeugen beschworen, daß sie für Barth gestimmt hätten, dennoch waren nur 15 Stimmen als auf Barth abgegeben, amtlich ermittelt worden. Daraufhin wurde gegen die Rittergutsbesitzer Otto und Gustav Rädig Anklage wegen Wahlfälschung erhoben und die beiden zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt — eine verhältnismäßig milde Strafe gegenüber den Bauern aus der Konitzer Gegend. Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben:

Der Gerichtshof ist nach dem Ergebnis der Weisaufnahme zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Angeklagten sich gemeinschaftlich der Wahlfälschung schuldig gemacht haben. Ist es auch ein Mißfel, wie sonst solch ehrenwerte Herren eine solche That begangen kommen, so ist die Thatsache der Wahlfälschung nicht abzuleugnen. Die Zeugen haben sämtlich einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die 90 Socialdemokraten in der Stichwahl unangefallen seien und für den konservativen Kandidaten gestimmt haben. Es muß mithin eine Wahlfälschung zu Gunsten des Kandidaten Wallewiz vorgenommen worden sein. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Stimmzettel für Barth zusammengelegt und zum Teil beschnitten waren, während die Stimmzettel für Wallewiz offen und vollständig rein waren. Nach dem Ergebnis der Weisaufnahme hat der Gerichtshof es für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte Gustav Rädig die Stimmzettel falsch vorgelesen und der Angeklagte Otto Rädig die Barthschen Stimmzettel in entsprechender Zahl mit denen für Wallewiz vertauscht hat. Es ist anzunehmen, daß die Angeklagten, ärgert über das Ergebnis der Hauptwahl, bemüht waren, bei der Stichwahl etwas nach zu helfen. Bei der Strafzumessung ist einmal erwogen worden, daß sich die Angeklagten eines sehr guten Rufes erfreuen, daß sie noch nicht vorbestraft sind, daß sie in augensichtlicher Verwirrung gehandelt haben und daß die von ihnen vorgenommenen Fälschung für das Gesamtergebnis nicht sehr ins Gewicht fiel. Andererseits ist erwogen worden, daß die Angeklagten in ihrer amtlichen Eigenschaft als Wahlvorsteher gehandelt haben.

Den Richtern blieb nichts weiter übrig, als die beiden augensichtlich verwirrten Herren zu verurteilen. Was würde man in der Urteilsbegründung lesen müssen, wenn man zu Gunsten von Socialdemokraten in so schamloser Weise die Wahl gefälscht hätte.

Deutsch-Südwestafrika im Aufstand?

Schon die kürzlich erwähnte Nachricht, daß eine Ansiedlerfamilie im Norden Deutsch-Südwestafrikas niedergemetzelt worden sei, ließ auf außerordentliche Zustände schließen. Jetzt liegen aus London Neuter-Meldungen vor, nach denen ein großer Teil der Kolonie sich im hellsten Aufruhr zu befinden scheint. Das genannte Bureau meldet aus Beaufort-West im Nordwesten der Kapkolonie, es werde berichtet, daß die Garnison in Warmbad in Deutsch-Südwestafrika von Hottentotten massakriert worden sei. Demselben Bureau wird aus Kapstadt gemeldet, der deutsche Konsul in Kapstadt sei benachrichtigt worden, daß sich der Stamm der Bondelszwarts in Damara-Land im Aufstande befinde. Seiner von Eingeborenen stammenden Information zufolge seien der Häuptling der Bondelszwarts sowie der deutsche Unteroffizier, welcher die Warmbader Garnison befehligte, getötet worden.

Ein Berliner Blatt sagt dazu:
 Ob diese Nachrichten in vollem Umfange amtliche Bestätigung finden werden, wird sich bald herausstellen, denn eine offizielle Mitteilung über die bellagenden Vorfälle steht unmitelbar bevor. Außer dem Lieutenant Jobst ist auch der Unteroffizier Enay aus Steinau a. O. gefallen, andre Mitglieder der Schutztruppe sind verwundet worden.

Es scheint also seine Nichtigkeit zu haben! —

Deutsches Reich.

Menschenopfer unerhört!

Das Schreckensurteil, das vom Karlsruher Kriegsgericht am 22. September über vier vor ihrer Entlassung stehende Soldaten des 110. Grenadier-Regiments gefällt worden war wegen einer in der Manöverstimmung auf nächstlicher Straße begangener Anstöße von Vorgesetzten, ist, wie bereits im Deyescheil unserer gestrigen Nummer gemeldet, am Montag vor dem Ober-Kriegsgericht zu Karlsruhe einer Nachprüfung unterzogen worden. Das furchtbare Urteil erster Instanz, das gegen die vier Soldaten

25¹/₂ Jahre Gefängnis

verhängt hatte, hat durch das Ober-Kriegsgericht eine Abänderung erfahren. Es ist verwandelt worden in

7 Jahre Zuchthaus und 18 Jahre Gefängnis,

es hat also eine Verschärfung erfahren!

Welches waren die Verbrechen der vier Unglückseligen, deren ganzes Leben durch dies Schreckensurteil getrübt wird?

Das 110. Grenadier-Regiment lag während des Manövers im Bürgerquartier. Im Rebeimut der Manöverstimmung ließen sich die Angestellten — über genauere Motive der That hat das militärische Tribunal augenscheinlich keinerlei Nachforschungen anzustellen für nötig befunden, obwohl für die Verurteilung eines jeglichen Vergehens gerade das Motiv das wichtigste Kriterium liefert — dazu verleiteten, abends Zivilkleidung anzuziehen, um auf den dunklen Straßen den Unteroffizieren allerhand Schabernack zu spielen.

Am ersten Abend lauerten Dehler, Keinarth und Habich dem Unteroffizier Peters auf. Als Peters sich nicht sehen ließ, veranlaßten sie einen dazu verleiteten Zivilisten, sich an zwei andre Unteroffiziere heranzumachen. Diese entzogen sich jedoch durch schleuniges Weitergehen der Koppel. Der Zivilist, ein Tagelöhner Sutter, warf ihnen einige Steine nach. Daß die drei Soldaten sich an diesen Steinwürfen beteiligt hätten, konnte nicht nachgewiesen werden!

Am folgenden Abend stellte Keinarth mit zwei unbekannt gebliebenen Soldaten den Unteroffizier Peters, Keinarth verleierte Peters mit einem Stoß einen Schlag über die Schulter, ergriff jedoch, als Peters ihm den Stoß entzieh, die Flucht. Für diese That lag nur ein, allerdings schwerer, Indizienbeweis vor. Der Soldat Feinauer war anfangs mit Keinarth im Komplott gewesen, hatte sich jedoch durch Zivilisten überreden lassen, an dem ganzen Vorgang nicht theilzunehmen.

Für diese Thaten waren dann am 22. September Keinarth zu 10 Jahren, Dehler und Habich zu 8 und Feinauer zu 8 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das Urteil des Ober-Kriegsgerichts — über das uns nähere Mitteilungen noch nicht vorliegen — zeugt offenbar dafür, daß durch die erneute Verhandlung an dem obigen Thatbestand, den die erste Verhandlung ergeben, nichts verändert worden ist. Nur das Strafmaß gegen Keinarth ist von 10 Jahren Gefängnis in 7 Jahre Zuchthaus verschärft worden; das Strafmaß gegen Dehler und Habich ist das gleiche geblieben. Dagegen ist die Strafe gegen Feinauer, der lediglich intellektuell, in einer später wieder bereuten Absicht gefrevelt, aber an der tatsächlichen Ausführung nicht teilgenommen hatte, in geradezu unbegreiflicher Weise nahezu verdoppelt, von 9¹/₂ auf sechs Jahre erhöht worden.

Wir können diesem Urteil gegenüber nur wiederholen, was wir in der Nummer vom 29. September ausgesprochen hatten:

„Man vergleiche mit diesem Urteil die gegen die Mannschafschinder gefällten Urteile und man kann sich jeder weiteren Kritik enthalten. Keinarth erhielt zehn Jahre Gefängnis (jezt sieben Jahre Zuchthaus), weil er sich in Uebertum an Unteroffizieren vergreifen hatte. Breidenbach, der einen Untergebenen zum Selbstmord, einen andern zum Selbstmordversuch getrieben und sich in weit mehr als 1000 Fällen zu den rohesten Soldatenmißhandlungen hat hinführen lassen, erhielt nur acht Jahre Gefängnis und während die vier Angeklagten zusammen ca. 26 Jahre Gefängnis zudiktirt erhielten, schickten 80 Soldatenschinder — darunter Breidenbach —, die sich in einer Legion von Fällen schwerer Mißhandlungen schuldig gemacht hatten, durch das Kriegsgericht zusammen 27 Jahre Freiheitsstrafen!“

Erinnert sei auch daran, daß unter dem Eindruck des Urteils der ersten Instanz die freisinnige „Neue Badische Landes-Zeitung“ in den Ausruf ausbrach:

„Die Majestät militärischer Disziplin ist blutigrot am Heidelberger Horizont aufgestiegen.“

Auch der Fall Breidenbach ist in erneuter Kriegsgerichts-Verhandlung in all seiner Furchtbarkeit wieder aufgerollt worden.

Diesmal galt die Anklage — man vergleiche den ausführlichen Bericht in der heutigen Nummer — nicht dem Champion der Soldatenchinder, dem Unteroffizier Breidenbach selbst, sondern dem Compagniechef Hauptmann Grolmann, der unter der Anklage stand, durch Fahrlässigkeit die in seiner Compagnie in so entsetzlichen Umfange verübten Soldatenmißhandlungen mitverschuldet zu haben.

Auch diese Verhandlung entrollte ein Bild militärischer Zustände, bei denen einem die Haare zu Berge stehen mußten. Das Ergebnis der umfangreichen Weisaufnahme war, daß alle Beteiligten eigentlich „unschuldig“ waren. Die Unteroffiziere, einschließlich Breidenbach, weil der Hauptmann sie durch zu gelinde Weisungen des Compagniechefs bei Meldungen zu der „Selbsthilfe“ der Mißhandlungen geradezu gezwungen worden seien. Breidenbach wurde von seinem Unteroffizier-Kollegen sowohl wie von Hauptmann Grolmann das Zeugnis eines ideal „stammten“, ausgezeichneten Mannschafschinders ausgestellt.

Grolmann selbst erklärte, daß er keineswegs zu milde bei Meldungen verfahren sei, auch habe er strengste, auch nächtliche, Kontrolle geübt. Die Mannschaften hätten ihn selbst stets angelegen und ihre Verletzungen ständig auf eignes Verschulden zurückgeführt. Als er sie nach dem Prozeß Breidenbach gefragt habe, warum sie ihn so schmählich hinter das Licht geführt hätten, hätten sie thränenden Auges

wahnsinnige Angst

vorgeschützt. Die Unteroffiziere hätten sie stets zu solcher Aussage angehetzt.

Der Regimentskommandeur endlich erklärte Hauptmann Grolmann für einen ausgezeichneten Offizier.

Als ein ausgezeichnete Compagniechef, ausgezeichnete Unteroffiziere, ausgezeichnete Aussicht — und trotzdem 1027 Soldatenmißhandlungen durch einen einzigen Unteroffizier, Selbstmord und Selbstmordversuch unter den Mannschaften, unteroffizierliche Anleitung zum Belügen der Offiziere und — wahnsinnige Angst der Mannschaften, die sich auch heute wieder — trotz des Prozesses Breidenbach — in dem Prozeß gegen Hauptmann Grolmann offenbarte!

Welch eine Verleumdung des glorreichen Systems unfreies Militärismus!

Und schließlich erhält, damit doch etwas geschehe, Hauptmann v. Grolmann als Prügeljunge des Systems

vier Wochen Stubenarrest!

Die beiden Urteile ergänzen sich, 7 Jahre Zuchthaus und 18 Jahre Gefängnis gegen die vier „Meuterer“ wegen eines Stoß-Plages, bei dem kein Tropfen Blut floß, und 8 Jahre Gefängnis

trotz unerhörter Mißhandlungen der ganzen Compagnie, trotz Anstiftung zu Selbstmordversuch und Selbstmord, trotz Verleitung zum Belügen der Offiziere, trotz Ausübung eines Schredensregiments, das eine ganze Compagnie in eine „wahnsinnige Angst“ hineinpeitscht! Dabei man bei einer Würdigung aller Umstände nicht einmal behaupten kann, daß das Urteil gegen Breidenbach, geschweige denn gegen Grolmann zu gelinde ausgefallen sei. Nicht die einzelnen Träger des Militarismus, den Militarismus selbst trifft die Verantwortung.

Mag man Einzelvergehen, Einzelurteile mit noch so triftigen Gründen entschuldigen, das System ist durch solche That-sachen gerichtet!

Der Militarismus hat an sich selbst moralisch das Todesurteil vollstreckt!

Ein Muster-Chinatrieger.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle wurde gegen den skandalösen Soldatenquälerei Wilhelm Rebelung, Sergeant von der 1. Compagnie des 30. Infanterieregiments von hier verhandelt. Als wir vor längerer Zeit zum erstenmal über des Angeklagten Schandthaten berichteten, hatte der Ankläger als Quälereien in acht verschiedene Kategorien rubriziert. Dem Verleider der Angeklagten genügte aber das Beweismaterial nicht, — der Angeklagte sei ein pflichttreuer und tüchtiger Chinatrieger gewesen — und das Gericht vertagte die Sache, nachdem der Anklagevertreter gegen Rebelung sechs Monate Gefängnis beantragt hatte. Durch die damalige Veröffentlichung der Sache in den Zeitungen hat das Belastungsmaterial gegen den Angeklagten aber noch zugenommen; denn es meldeten sich Zeugen, die die Verhandlung damals gesehen hatten und stellten sich dem Ankläger zur Verfügung. Man sieht auch aus diesem Vorgange, wie äußerst wichtig das öffentliche Militärgerichts-Verfahren ist. Der Anklagevertreter, von dem die Presse allerdings für ihre Vethätigung zur besseren Ueberführung eines gemeinen Soldatenchinders keinen Dank verlangt, war in der „angenehmen“ Lage, seine Anklagepunkte noch um 12 weitere vermehren zu können.

Alle Niederträchtigkeiten des Chinatriegers hier aufzuführen, würde zu weit führen; die Verhandlung dauerte von morgens 8 Uhr 30 Minuten bis abends 1¹/₂ Uhr. Die zur Anklage stehenden Thaten hatte er meistens in der Halle'schen Kaserne vor dem Chinazug begangen. Daß er von seinen Untergebenen mit den Jahnbärten die Stuben scheuern ließ, ist für den, der die Geheimnisse des Kasernenlebens kennt, nichts Neues. Daß er mit ganz kleinen Töpfchen von den Mannschaften die großen Kannen voll Wasser tragen ließ, fällt uns ebenfalls nicht mehr auf. Das mutwillige Abschneiden der Kosknöpfe, um sie wieder amähen zu lassen, Ohrfeigen u. war auch hier „Sitte“. Wer von den Untergebenen nach des Unteroffiziers Meinung seine Haare nicht ordentlich gekämmt hatte, bekam mit dem eisernen Ofenhaken Schläge auf den Kopf. In unglücklichen Stunden räumte der Angeklagte die Spinden der Untergebenen aus, warf Wäsche, Kleidungsstücke, Putzomade, Flaschen u. auf einen Haufen, sprang wie ein Verrückter mit den Füßen darin herum und beschlugte dann den Leuten, die Sachen wieder fein sauber zu machen. Während der Singestunde ließ er Kniebeuge machen und derjenige, der fehlerhaft sang, dem stieg er auf die Schultern, um so „einen guten Ton“ zu erzielen. Dieses alles waren eigentlich auch nur „Kleinigkeiten“ gegenüber der nachträglich ermittelten Hundsgemeinheit, die darin bestand, daß er Mannschaften die schlecht geturnt, geschossen hatten u., am ratglühenden Ofen 500 bis 700 mal die Gewehre strecken ließ. Bei jedem Aus-mühen die Gewehrenden, bis sie schließlich zusammenbrechend sagten: „Ja bin ein Schleimstengel“. Den Ofen hatte der Anklagte, so belundeten die Zeugen, extra zu dem Zwecke der Schuhrriegel zu heizen lassen. Zur Instruktionsstunde ließ er seine Leute in strenger Stille ohne Kopfbedeckung und leicht gekleidet vor seinem Fenster auf dem Hof antreten. Er stand mit dem Mantel bekleidet und mit der Kopfbedeckung am Fenster und stellte von dort aus seine Fragen. Wer eine „gute“ Antwort gab, konnte hereinkommen und sich wärmen, wer aber „schlecht“ antwortete, wurde mit dem Kopf ins kalte Wasser getaucht. Zuweilen ließ er von vier Soldaten eine eiserne Britsche umhertragen und um den Trägern das Leben recht sauer zu machen, turnte er währenddem in oder an der Britsche umher. Mit den Mänteln bekleidet und mit präsentierendem Gewehr mußten die Leute am gebeizten Ofen Kniebeuge machen, bis sie vor Ermattung zusammenbrachen. Auf dem Scheidenstand wurden die Leute hin und her gehetzt. Bei guter Laune ließ er die Mannschaften mit den Gewehren zwischen den Bahnen auf allen Vieren in den Zimmern herumkrabchen. Ein Mann, der braun und blau geprügelt worden war, hatte zu einem andern Kameraden, so wurde es beschworen, gesagt: Ich melde mich lieber nach China, denn schlimmer kann ich dort auch nicht geschlagen werden. Der Angeklagte hingegen behauptete, er habe seine Untergebenen streng gerecht und liebevoll behandelt. Als er nach China gegangen sei, da sei seinen Untergebenen der Abschied so schwer gefallen, daß die ganze Korporalschaft Thränen geweint hätte.

Als merkwürdig muß es bezeichnet werden, daß die Vorgesetzten des Angeklagten, Hauptmann Jungmann und Lieutenant Kostroh nichts von den Schandthaten des Angeklagten gemerkt haben. Sie schilderten Rebelung als einen strebsamen und besonders tüchtigen Unteroffizier. Der Ankläger berechnete für Rebelung 27 Monate Gefängnis Einzelhaft und beantragte mit Rücksicht auf dessen gemeinefähliches Treiben hier, aber in Erwägung des Umstandes, daß er sich in China „ausgezeichnet“ gefährt habe, eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis. Das nach längerer Beratung veränderte Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

An der silesisch-russischen Grenze sollen die ohnehin sehr beschwerlichen russischen Beobachtungs- und Untersuchungsbestimmungen beim Ueberschreiten der Grenze in der nächsten Zeit wieder einmal verschärft werden. Ebenso ist die Zahl der Grenzsoldaten schon vermehrt worden. Veranlassung dazu sollen die in letzter Zeit angeblich sehr zahlreich stattgehabten Versuche, verbotene großpolnische und socialistische Druckschriften nach Rußland einzuschmuggeln, ebenso wie die behauptete Entdeckung eines geheimen politischen Regierungskomitees in Warschau gegeben haben. Die russische Polizei will gelegentlich der Verhaftung zahlreicher Verdächtiger Beweise dafür gefunden haben, daß die Verhafteten im regen Verkehr mit Personen standen, die im deutschen oder österreichischen Grenzgebiet ansäßig sind oder waren.

Das russische Gewaltsystem heißt immer neue Opfer seiner feigen Furcht vor dem „Umsturz“.

Eine Justizaktion. Wie erinnerlich, wurde kürzlich ein gewaltiges Zeugniszwangsverfahren gegen das ganze Personal der „Leipziger Volkszeitung“ angedroht, um den Verfasser eines Artikels „Justizaktion“ zu ermitteln. Als vermeintlicher Thäter war auch der Redakteur Jaesch angeklagt; jezt hat man die Anklage gegen ihn fallen lassen und begnügt sich mit dem verantwortlichen Redakteur.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Berichte über die Montags-Konferenz der Unabhängigkeitspartei stellen fest, daß in derselben eine friedliche Stimmung vorherrscht, obwohl ein Beschluß noch nicht gefaßt worden ist. Es wird gemeldet, Ministerpräsident Graf Tisza habe u. a. Erleichterungen bezüglich der Zahlung der Steuerrückstände zugesagt und eine Ausdehnung des Wahlrechts in Aussicht gestellt. Ferner habe er erklärt, daß an den Wählern ungarische Jurisfristen angeordnet werden würden. Eine Erklärung über die Majestätsrechte wird, wie es heißt, im Abgeordnetenhaus nicht abgegeben werden, da die Opposition dieser Erklärung eine präjudizierende Wirkung zuschreibt. Die Konstitutionspartei werde angezweifelt dieser Haltung der Regierung ihre

Kampfstellung aufgeben, einen Beschluß hierüber jedoch erst nach der Programmklärung des Ministerpräsidenten fassen.

Schweiz.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 1. November. (Fig. Ber.) Die Eröffnung der Bundesversammlung am letzten Montag erfolgte unter dem mächtigen Eindruck der wichtigen Verwerfung der drei reaktionären Referendums-vorlagen durch das Volk, das den Herren Gesetzesherrn so entschieden erklärte, daß es sich keinen Maulkorb umbinden, sich aber auch in seiner wirtschaftlichen Freiheit nicht beschränken lasse. Die reaktionäre Presse findet sich mit dem Gefühle der Würstigkeit über die Verwerfung der von ihr so warm empfohlenen Beschließung ab und fordert nun die Aufnahme des verworfenen Artikels in das zukünftige neue eidgenössische Strafgesetz. Also nichts gelernt und nichts be-gessen! Dann wird eben das Strafgesetz samt seinen reaktionären Ausdeu-erern in der Volksabstimmung verworfen. Die „Zür. Post“, die entgegen der Annahmeparole ihrer Partei das Maulkrattengesetz befehlte, fordert nun den Rückzug der ebenso berechtigten lex Sylvestrelli, durch die zum Schutze toter Monarchen das Strafgesetz „er-gänzt“ werden soll. Bestand der Anklage zum Maulkrattengesetz in einem Artikel des Genfer „Peuple“, so der für die lex Sylvestrelli in einem Artikel des Genfer anarchischen „Rödeglio“. Man ist im schweizerischen Bundesrat soweit gesunken, jeden unbedeutenden Zeitungsartikel mit einem reaktionären Gesetze zu beantworten. Ob die Aufforderung der „Zürcher Post“ zum Rückzug der lex Sylvestrelli, deren Verwerfung in der Volksabstimmung so sicher, wie die des Maulkrattengesetzes, Erfolg haben wird, bleibt ab-zuwarten. Die herrschende Reaktion ist gewaltthätig und unbedenkbar. Meinie doch auch der Präsident des Nationalrates, Nischolse-Karau, bei dessen Eröffnung, daß das dreifache Nein der Volksabstimmung nur ein Zwischenfall, aber kein Wendepunkt sei. Im Volke ist man der gegenteiligen Meinung.

Die Verwerfung der drei Referendums-Vorlagen veranlaßt auch zu Betrachtungen darüber, wie viele Hunderttausende von Frank an Diäten für die Volksvertreter wie an Druckkosten u. für solche eisdene Gesetzgeberei verschwendet werden. Diefelbe reaktionäre Presse, welche die verworfenen Vorlagen so eifrig befürwortete, suchte vor kurzem die 7 Socialdemokraten im Nationalrat dadurch beim Volke zu demütigen und zu diskreditieren, daß sie sie der Viel-rednerei, des agitatorischen Redens zum Fenster hinaus beschuldigte, und daß sie dadurch den Parlamentarismus unendlichweise um große Summen verteuerten. Diese heuchlerischen Demagogen! Um die Summen, welche die Attentate der Reaktion kosteten, könnte manche socialdemokratische Rede für Freiheit und Fortschritt gehalten werden.

Dazu bot bereits die zweite Sitzung der jetzigen Tagung Gelegenheit. Das Jolldepartement hat vor einiger Zeit den in Louvaine domiciliert gewesenen Chef des Grenzwachcorps, Gavillet, der der socialdemokratischen Partei angehört, unter Umständen entlassen, daß die Entlassung als eine Maßregelung wegen seiner politischen Gesinnung aufgefaßt werden mußte. Bei der Beratung des Geschäftsberichts des Jolldepartements interpellierte darüber unter Genosse Dr. V r ü k -le in den Ressortchef, Bundesrat Comtesse, der natürlich das Vor-handensein einer Maßregelung bestritt. Brüsselien replizierte, daß es ihm hauptsächlich darauf ankomme, den Geist der Willkür und Auto-kratie in der Ober-Jolldirektion ins rechte Licht zu stellen, und stellte sodann folgenden Antrag: „Der Bundesrat ist eingeladen, die Frage der gesetzlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bundes zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Dabei soll insbesondere die Schaffung von Garantien gegen die willkürliche, ungerechtfertigte Entlassung oder Nichtwieder-wahl ins Auge gefaßt werden.“ Nun kam Bundesrat Erzer, der frühere gewaltthätige radikale Parteiführer, um Brüsselien herunterzureißen, weil er die immer zu Mißtrauen reizenden „alten-mähtigen Darstellungen“ Comtesse's skeptisch beurteilt hatte, was eine Majestätsbeleidigung war. Treffend erwiderte Brüsselien unter An-spielung auf den verworfenen „Maulkratten“, daß heute nicht der ge-eignete Zeitpunkt sei, die Kritiker der Verwaltung „anzuschmeißen“. Daraufhin trat der dritte Bundesrat Deucher gegen die Socialdemo-kraten in Aktion. Er protestierte gegen die Auffassung, daß man vom Bundesratsstische aus den Socialdemokraten Maulkörbe anlegen wolle (die Trauben sind eben sauer). „Sie müssen ja zum Fenster hinausreden und wir freuen uns, wenn Sie Ihren Stragen hier leeren. Wir hätten gar keinen Maulkorb, der groß genug wäre, um diese Räuler zu schließen.“ Die nationalen Parteigänger Deuchers lachten über den „Wig“, die socialdemokratischen „Mauler“ werden aber hoffentlich den Herren noch oft recht unangenehm werden. Da Brüsselien's Postulat beanstandet wurde, wandelte er es in eine Motion um, über die später verhandelt werden wird.

Auffallenderweise haben die socialdemokratischen Nationalräte bei der Behandlung des Geschäftsberichts des Industrie-departements, dem Fabrikgesetz, Fabrikinspektion u. unterstellt sind, geschwiegen. Gab es da wirklich keine Arbeiterinteressen wahrzunehmen? —

Belgien.

Die Kommunalwahlen und die socialistische Taktik.

Die Lehren der letzten Kommunalwahlen erörtert im Brüsseler „Peuple“ der socialistische Deputierte Louis Vertrand. Er betont, daß die Kommunalwahlen heute nicht mehr dieselbe Bedeutung hätten, wie ehemals. Das größte Interesse sei jezt selbstverständlich auf die Parlamentswahlen gerichtet, die Zahl der Wähler sei hier auch eine viel größere. Bei den früheren Kommunalwahlen habe es nur einen Kampf gegeben zwischen zwei Parteien, den Liberalen und den Meritalen; seit der Beteiligung der Socialisten haben jene, ehemals feindlichen Brüder, sich die Hand gereicht, um diese zu be-sämpfen. Jezt hieße es nicht mehr: Hier die blaue Fahne des Liberalismus und: Hier die Interessen der Kirche, sondern jezt kämpfe man für die sogenannten kommunalen Interessen. Nur in wenigen Fällen hatte man den Mut, sich als antisocialistisch zu be-zeichnen. — Die Erbitterung, welche in den Kreisen der Socialisten gegen die Liberalen wegen deren Verhalten bei den Kommunal-wahlen vorherrscht, sei also wohl begreiflich. Nichtsdestoweniger kommt Vertrand zu dem Schluß, daß die socialistische Partei in Belgien auch ferner mit den Liberalen zusammen gegen das Meritale Regiment vorgehen müsse. Erstens seien die Liberalen in ebenso vielen Fällen mit den Socialisten zusammen gegangen, als umge-kehrt; ferner lägen in Belgien die Dinge so, daß die gegenwärtige Majorität so lange unerschüttert bleiben werde, so lange das Plural-Wahlrecht bestehe. Dies zu Fall zu bringen, sei den Socialisten nur möglich im Verein mit den Liberalen, die ihrerseits ein ebenso großes Interesse an der Befestigung desselben hätten. Man müsse also, so schließt Vertrand, die lokalen Aergernisse, die man hier und da mit den Liberalen gehabt, vergessen; in der Politik hätten nur ruhige tühle Erwägungen eine Berechtigung. —

Spanien.

Der Generalausstand in Bilbao ist, wie der Telegraph bereits kurz gemeldet, beendet. Nach den Vereinbarungen erfolgen vom 1. Januar u. z. ab wöchentliche Lohnauszahlungen; ferner sollen die Arbeiter nicht mehr verpöchtelt sein, in den Warenhäusern der Bergwerksbesitzer zu kaufen und in deren Wohnhäusern zu wohnen. Diese Einigungsbedingungen, die von der Regierung empfohlen waren, wurden seitens der Arbeiter sofort, seitens der Unternehmer jedoch erst nach langem Zögern angenommen. Der General Yappino mußte erst mit der Zurückziehung der Truppen aus dem Streikgebiet drohen, um die Unternehmer zur Einwilligung zu veranlassen. Der Generalausstand wurde seitens aller beteiligten Verufe sofort aufgehoben; die Mehrzahl der während des Ausstands Verhafteten wurde in Frei-heit gesetzt, der Belagerungszustand soll nach den Versicherungen der Regierung noch vor den Gemeinderatswahlen aufgehoben werden. Die ausländischen Bergwerksgesellschaften wollen gegen die Einigungs-bedingungen durch ihre Konjulate Protest einlegen.

Frankreich.

Kabinettsreisen. Die sonderbare Haltung, die Jaurès, Millerand, Deville und Rouanet mit zehn andern Deputierten der

faurestischen Parteigruppe während der jüngsten Kammerverhandlungen eintreten haben, hat aufseiner Seite nur noch in seinem schroffen Auftreten gegen die sozialistische Arbeiterbewegung bestanden, denn als heute vormittag in der Pariser Arbeitsbehörde die Vätergesellen eine Versammlung gegen das Stellenvermittlungswesen abhielten und nach deren Schluss zwei Delegierte zum Ministerpräsidenten sandten, lehnte dieser den Empfang kurzweg mit den Worten ab, daß er nichts mit Menschen zu thun haben wolle, die ihn öffentlich als „Mörder“ bezeichnet hätten.

Fast scheint es, als wenn Combes betruht auf einen Bruch mit den Sozialisten hinarbeitet in der Hoffnung, dafür eine Unterstützung der Kleinisten einzutauschen. Man darf gespannt sein, ob unter diesen Umständen wieder ein Teil der Jaurestisten unter der Angabe, den „Bloc“ nicht sprengen lassen zu wollen, für Combes eintreten wird.

Zum Textilarbeiter-Streik in Armentières. Im heutigen Ministerpräsidenten Combes teilte Ministerpräsident Combes mit, daß es dem Präfelden des Departements du Nord nicht gelungen sei, das vorgeschlagene Schiedsgerichts-Verfahren zur Beendigung des Ausstandes in Armentières und Houplines zur Annahme zu bringen.

Dulgarien.

Die Wahlen zur Sobranie haben gestern in vollkommener Ruhe stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen sind 140 Mitglieder der Regierungspartei und 42 Oppositionelle gewählt, unter letzteren die Parteiführer Danew und Theodorow. Sämtliche Minister sind gewählt worden. Die Ergebnisse von sieben Wahlkreisen stehen noch aus.

Sofia, 3. November. Die gewählten Abgeordneten verteilen sich folgendermaßen: Stambulowisten und andre Regierungsfeindliche 144, Nationale 28, Demokraten 7, Janowisten 9 und ein Unabhängiger.

Afien.

Zum Kampf um den Einfluß in Korea meldet die „Köln. Zig.“ aus Petersburg: Aus japanischer Quelle kommen Meldungen über ein neues russisches Unternehmen in der koreanischen Provinz Tschuan. Es handelt sich um die Ausbeutung von Steinkohlenlagern. In Tschuanlo trafen 56 Maschinen ein, die unter Aufsicht von vier Russen zur Wündung des Tatzongfang geschickt wurden. Die bezügliche Konzession erteilte die koreanische Regierung einem französischen Ingenieur unter der Bedingung, daß sie 5000 Yen für je 30 000 Tonnen gewonnener Kohle erhalte; angeblich haben Japan, England und Amerika, um der weiteren Entwicklung der russischen Unternehmungen in Tschuan einen Riegel vorzuschieben, verlangt, daß diese Provinz für den ausländischen Handel geschlossen werde.

Kerner wird gemeldet, der russische Vertreter in Seoul habe der koreanischen Regierung gedroht, wenn das Abkommen über Tonganpho nicht unverzüglich in Kraft trete, werde Rußland am Jalu handeln, wie ihm beliebt, indem es sich auf die Abmachungen aus dem Jahre 1896 stütze. In Japan befürchtet man, Rußland wolle sich auch bei Tschuan festsetzen. Wenn die Abmachungen von 1896 zur Geltung gelangen sollten, falle das ganze Jaluthal in die Sphäre der russischen Konzession.

Die „Times“ melden aus Shanghai vom 2. November: Der Bekington-Korrespondent der führenden chinesischen Zeitung in Shanghai telegraphiert, Tschangtschung und Nuanhschilai seien heute in einer Audienz energisch beim Throne dafür eingetreten, sich an Japan anzuschließen und den Angriffen Rußlands entgegenzutreten.

Russisch-japanische Rivalitätsstreitigkeiten in Korea. Die „Daily Mail“ meldet aus Tokio, am vergangenen Sonntag habe ein ernstlicher Zusammenstoß auf dem Quai in Chemulpo zwischen russischen Matrosen vom Kanonenboot „Bobr“ und japanischen Bewohnern der Stadt und japanischen Matrosen vom japanischen Kreuzer „Chiyoda“ stattgefunden. Sechs Japaner und eine Anzahl Russen seien leicht verletzt worden.

Landtagswahl.

Die Kriegervereine marschieren wieder zu den Landtagswahlen an. Sie verbieten ihren Mitgliedern, Sozialdemokraten zu wählen — ein Verbot, das angesichts der Öffentlichkeit der Wahl wohl nicht übertreten werden wird. Aber die Kriegervereine führen auch eine Art Wahlpflicht ein:

„Alle unsere Mitglieder ersuchen wir, den Verpflichtungen entsprechend, welche sie beim Eintritt in den Kriegerverein übernommen haben, für Kaiser und Reich, König und Vaterland ihre Pflicht zu thun, ihre staatsbürgerlichen Rechte als Pflichten anzusehen, Mann für Mann bei der Wahl zu erscheinen.“

Auf deutsch heißt das: Alle Kriegervereiner sind verpflichtet, für die Reaktion zu stimmen. Das ist ein Terrorismus, der nicht mehr überboten werden kann — ausgeübt dazu von „unpolitischen“ Vereinen.

In den Wahlkreisen Nieder- und Ober-Barnim haben die Konservativen die bisherigen Abgeordneten von Veltheim, Professor Jener und Professor Pauli-Eberswalde wieder aufgestellt. In einer Versammlung der konservativen Vertrauensmänner forderten die Antisemiten eines von den drei Mandaten. Das wurde aber abgelehnt, weil die Wahlvorbereitungen zu weit vorgeschritten wären.

Oberstleutnant „Liberalismus“. Nach den Reichstagswahlen dieses Jahres wurde für Oberschlesien ein „Liberaler Wahlverein“ begründet und dabei viel gepredigt vom „Erwachen und Erstarken des liberalen Gedankens“ und in dieser bisher so schwarzen Gegend. Die erste Hof mit dieses „liberalen“ Vereins ist die Auffstellung beziehungsweise Unterföhrung zweier freikonservativer Kandidaten zum Landtage in dem Wahlkreis Weuthen-Kattowitz. Der Vorschlag des „liberalen Wahlvereins“, einen konservativen und einen liberalen Kandidaten aufzustellen — auch erst liberal — wurde von den konservativen abgelehnt, und darauf beschloßen die geohrfeigten Liberalen in ihren Versammlungen, nur für beide konservativen Kandidaten, die jetzt Nationalliberalen genannt werden, einzutreten. Nur die „Oberstleutnant“ in Weuthen wollte diesen Schwindel nicht mitmachen und deshalb wurde ihrem Redakteur in einer „liberalen Versammlung“ der Zutritt verweigert, in einer andern liberalen Versammlung einem unzufriedenen freisinnigen Redner vom Vorsitzenden das Wort entzogen mit dem Bemerkung: „Ach, hawern Sie nicht so viel!“ Herr Professor Dornmann, der vollparteiliche Landtagskandidat der Breslauer Freisinnigen, aber tritt in liberalen Versammlungen des Wahlkreises Weuthen-Kattowitz tapfer als Redner für die beiden Kandidaten der reaktionären Erbennaganten ein.

Der Fall Breidenbach

wurde am Dienstag wiederum in seinem vollen Umfange vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Infanterie-Division aufgerollt. Diesmal aber richtete sich die Anklage nicht gegen den Soldatenshinder par excellence, sondern gegen den

Hauptmann v. Grolmann,

den Compagniechef des zu acht Jahren Gefängnis verurteilten Breidenbach. Die Anklage war seitens des Militärbehörden gegen Herrn v. G. auf Grund des § 147 des Reichs-Militär-Strafgesetzbuches gestellt und gipfelte darin, daß der Chef der 11. Compagnie des 4. Garde-Regiments zu Fuß Hauptmann v. Grolmann in schuldhafter Weise zugelassen, daß Unteroffizier Breidenbach seine Untergebenen in 1207 Fällen mißhandelt habe. Der Zeugenapparat war wiederum ein ganz gewaltiger. Neben zahlreichen Mannschaften der 11. Compagnie waren fast alle Offiziere und Unteroffiziere derselben sowie der Regiments- und Bataillons-Kommandeure erschienen. Der Angeklagte wurde einem fast zweistündigen Inquisitorium unterworfen. Es handelte sich vor allem für den Compagniechef sowohl

als auch für den Vertreter der Anklage darum festzustellen, inwieweit der erstere seine Pflicht in der Fürsorge für seine Untergebenen erfüllt habe und ob es wahr sei, daß die Unteroffiziere der betreffenden Compagnie, vornehmlich aber Breidenbach, angeblich weil ihnen von dem Angeklagten keine Unterföhrung zu teil geworden, sie zur sogenannten Selbsthilfe geschritten und die ihnen anvertrauten Rekruten gemißhandelt hätten. Der Angeklagte, ein noch junger Hauptmann, der erst vor drei Jahren die Compagnie übernommen, betonte, daß er sehr viel im Dienst gewesen. Er habe, um zu sehen, wie es seinen Leuten ergebe, sehr häufig das Revier zu jeder Tag- und Nachtzeit revidiert und namentlich sei er zwischen der sogenannten Beschäftigungsstunde, abends zwischen sechs und sieben Uhr, auf die Stuben gegangen, um nach den jungen Soldaten zu sehen. Natürlich sei seine Anwesenheit in der Kaserne den Rekruten-Erziehern nicht unbekannt geblieben und daher sei es sehr wahrscheinlich, daß, wenn bei seinem Eintritt in die Stuben „Achtung“ gerufen wurde, die Unteroffiziere wußten, daß der Compagniechef, da sei und dann war eben das Revier alarmiert. Zum Fall Breidenbach übergehend äußerte Herr v. Grolmann, daß in der Korporalschaft dieses Unteroffiziers sich Leute befanden, die ungeliebt waren, sogenannte „Krumme“. Er wolle nicht behaupten, daß diese Rekruten des D. geistig minderwertig waren, aber es waren ungeschickte Menschen. Er gebe zu, daß der Unteroffizier einmal mit der Bitte an ihn herangetreten sei, ihm doch die „Krummen“ abzunehmen und sie in andre Korporalschaften zu verteilen. Dieser Bitte hätte er jedoch nicht entsprechen können, da er w. den er wohl für ehrgeizig und leicht fertig, aber nicht für jähzornig gehalten, als einen vorzüglichen Ausbilder kannte. Daß Breidenbach die Leute mißhandelte, davon habe er, der Angeklagte, keine Ahnung gehabt. Wahr sei es, daß die Unteroffiziere seiner Compagnie ihm fortwährend Meldungen über jede Kleinigkeit zugebracht hätten, ja ihn sogar gebeten, strenger zu bestrafen. Aber wenn er diese Bitten seiner Unteroffiziere erfüllt, wohin wäre er dann mit der Disziplin in seiner Compagnie gekommen! Er hätte doch den jungen Offizieren und Unteroffizieren niemals das Recht einer Kritik zugelassen können, ob er, der Compagniechef, zu milde bestraft habe oder nicht. Und selbst, wenn er zu milde bestraft, wodurch sei denn erwiesen, daß die Disziplin in der Compagnie gelitten? Ob die 11. Compagnie in richtigem Zug und Schneck sich befände, darüber bitte er doch die Herren Vorgesetzten zu befragen. Und weiter führte der Angeklagte aus, daß er von den Mißhandlungen bezüglich der Art der Mißhandlungen direkt belogen worden wäre. So im Fall des Fällers Höll, der später, weil von Breidenbach mißhandelt, Selbstmord verübte. Diesem Fälller sei der Mittelfinger der linken Hand von Breidenbach durch einen Hieb gebrochen worden. Als der Angeklagte den H. fragte, woher die Verletzung stamme, erklärte dieser, daß er sich den Bruch durch eigene Ungeklärtheit zugezogen habe, und H. hat dann diese Geschichte dem ihn behandelnden Arzt erzählt. Er habe die Unteroffiziere an Schimpfappelleen sehr oft vor Mißhandlungen Untergebener gewarnt und ihnen direkt erklärt, daß er, im Falle in seiner Compagnie so etwas vorkomme, sofort „spooies facti“ über den betreffenden Soldatenshinder aufnehmen lassen werde. So habe er auch den Unteroffizieren strengstens verboten, den bekannten Unteroffizier-Teid „Einlegen“ auf auszuüben. Zum Schluß führte Herr v. Grolmann an, daß er viel darüber nachgedacht, warum sich keiner der Mißhandelten bei ihm beschwert. Er habe nach der ersten Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht die Mißhandelten zu sich kommen lassen und sie gefragt: „Leute, warum habt Ihr Euch das gefallen lassen und warum habt Ihr kein Vertrauen zu mir gehabt?“ Thränenden Auges hätten die Mannschaften erwidert: „Herr Hauptmann, wir hatten ja keinen Willen mehr; wir hatten solch' wahnsinnige Angst vor dem Herrn Unteroffizier.“

Hiermit ist das Inquisitorium beendet und der Verhandlungsführer verliest nunmehr zur Orientierung des Gerichtshofes sämtliche bisher ergangenen Urteile im Fall Breidenbach. Dann werden

als erste Gruppe der Zeugen

die Unteroffiziere der 11. Compagnie vernommen. Sie alle behaupten Mann für Mann, daß ihrer Ansicht nach der Hauptmann zu milde gegen Verletzungen der Mannschaften gewesen und schildern Breidenbach als einen außerordentlich tätigen und starken Unteroffizier. Auf Befragen des Verhandlungsführers geben die meisten dieser Zeugen zu, daß sie Rekruten des Breidenbach gesehen, welche Spuren von Mißhandlungen sichtbar getragen hätten. So muß Zeuge Sergeant Wüthler auf energisches Befragen des Verhandlungsführers zugestehen, daß eines Tages der Rekrut Kraette, ein von Breidenbach „Erzogenener“, ein geschwollenes Auge gehabt habe. Als nun an jenem Tage der Compagniechef plötzlich erschienen sei, um die Leute zu befragen, da habe er den K., welcher mit den Uebriegen auf dem Platz exerzierte, in ein Zimmer gelassen. Warum der Zeuge dies gethan, darüber weiß er keine Auskunft zu geben. Die meisten dieser Zeugen wollen sich eben nichts dabei gedacht haben, wenn sie Leute des Breidenbach mit Verletzungen erblickten. Charakteristisch ist die Mitteilung des Verhandlungsführers, daß auch gegen den Unteroffizier Schmelz — übrigens sind mehrere Unteroffiziere der Compagnie wegen Mißhandlungen bereits vorbestraft — nunmehr die Anklage erhoben worden ist, einen Untergebenen angepöbeln zu haben, Sorgeseite zu belügen. Bei diesem Unteroffizier beklagte sich ein Fälller, er sei von seinem Vorgesetzten derartig geschlagen worden, daß er den Arm nicht mehr heben könne. Da habe Schmelz, ansatz sofort Meldung zu machen, dem Mißhandelten geraten, sich revierkrank zu melden unter dem Vorgeben, daß er gefallen sei. Als letzter dieser Gruppe Zeugen wird der ehemalige

Unteroffizier Breidenbach

aus der Untersuchungsstube vorgeführt. Derselbe hat gegen das Urteil des Ober-Kriegsgerichts Verurteilung beim Reichsgericht eingelegt und ist ein Erkenntnis des letzteren noch nicht erfolgt. Dieser Zeuge bleibt bei seinen früheren Behauptungen; er will nur geschlagen haben, wenn er dienstlich erregt war. Die Leute hätten gewußt, daß der Hauptmann sie nicht bestrafe, und da Zeuge wie die übrigen Unteroffiziere das Gefühl der Unterstützung durch den Compagniechef nicht gehabt, so hätte er sich selbst geholfen und die Leute selbst bestraft. Breidenbach beruft sich dabei auf das Zeugnis des Sergeanten Voigt, welcher zugesteh, daß er möglicherweise eine derartige Unterredung mit Breidenbach gehabt habe. Nach einer kurzen Vernehmung des Vaters des Breidenbach, der wesentliches nicht auszusagen vermag, erfolgt das Verhör

der zweiten Gruppe von Zeugen, der mißhandelten Rekruten.

Wiederum wird im Gerichtssaal der Fall Breidenbach in seinen graufigen Einzelheiten auf. Wiederum müssen der Verhandlungsführer und der Vertreter der Anklage jedes belastende Wort mühsam abringen. Es ist so, als wenn die Leute noch immer ihren „gewesenen Erziehern“ in gleichem Maße noch heute so fürchten, als damals. Und auf alle die Fragen des Gerichtshofes, warum die Mißhandelten denn nicht Anzeige gemacht, erklären die Zeugen schüchtern, daß sie die Furcht vor Meldungen zurückgehalten. Der Herr Unteroffizier habe ihnen befohlen, zu schweigen.

Die dritte Zeugen-Gruppe

besteht aus den Offizieren. Der Regiments-Kommandeur, Freiherr von Lüdinghausen stellt Herrn Hauptmann von Grolmann ein glänzendes militärisches Zeugnis aus. Er habe die Compagnie des öfteren befragt und gerade zu jener Zeit, als die Mißhandlungen sich ereigneten, gefunden, daß die Mannschaften der 11. Compagnie einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Auch bezüglich des Entwurfes, daß Herr Hauptmann v. Grolmann zu milde bestraft, könne er nur versichern, daß der Angeklagte stets korrekt und nach allgemeinen Grundsätzen der deutschen Armee verfahren sei. Auch die Vernehmung der übrigen Offiziere ergab nichts Belastendes gegen den Angeklagten. Ein Lieutenant, welcher vertretungsweise die Compagnie in der Zeit vom 1.-31. Juli d. J. kommandiert hatte, erklärte, daß die Mannschaften

einen durchaus frischen Eindruck gemacht habe. In diese Vernehmungzeit fiel der Selbstmord des Fällers Hill und obwohl er (Zeuge) hierdurch aufmerksam geworden, vermochte er keinen andern Eindruck zu gewinnen. Es sollte nunmehr

der Lieutenant Joachim v. Hellermann

vernommen werden. Der Vertreter der Anklagebehörde weist darauf hin, daß dieser Zeuge nicht vereidigt werden könne, weil gegen ihn eine Unterföhrung in der Mißhandlungs-Affaire schwebt und demnachst gegen ihn die Anklage erhoben werde. Da auch die Verteidigung auf diesen Zeugen verzichtet, beschließt der Gerichtshof, Herrn Lieutenant v. Hellermann nicht zu vernehmen. Ebenso wird von der Vernehmung weiterer Zeugen allseitig abgesehen. Es erfolgt sodann die Vereidigung sämtlicher Zeugen; auch Breidenbach wurde nach vorhergehender Ermahnung vereidigt. Es erfolgten sodann die

Plaidoyers.

Kriegsgerichtsrat Illmann hob hervor, daß der Fall Breidenbach in den weitesten Kreisen das größte Aufsehen hervorgerufen habe. Es mußte geprüft werden, ob Vorgefetzte irgendwie ihre Pflicht verletzt haben. Eine vorsätzliche Duldung der Mißhandlungen läge nicht vor und so mußte auf Grund des § 147 die Erhebung der Anklage erfolgen. Es sei zwar richtig, daß der Angeklagte im allgemeinen seiner Verpflichtung stets nachgekommen, es sei auch erwiesen, daß Herr v. Grolmann unermüdet die Kaserne kontrolliert und revidiert habe, aber es genüge schon vollkommen, daß es möglich war, daß Breidenbach innerhalb weniger Monate über tausend, teils schwere Mißhandlungen vornommen konnte, ohne daß es der Compagniechef bemerkt. Der Gerichtshof, dem zum großen Teil Mitglieder angehörten, die aktiven Dienst thun, möge entscheiden, ob hier ein strafwürdiges Vergehen vorliege. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Illbrich plaidierte für Freisprechung, darthnend, daß sein Klient stets seine Pflicht erfüllt habe. Nach 3/4stündiger Beratung des Gerichtshofes verkündete der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Maschke, daß der Angeklagte in schuldhafter fahrlässiger Weise Mißhandlungen Untergebener durch den Unteroffizier Breidenbach zugelassen habe, wofür auf eine Strafe von

vier Wochen Stubenarrest

erkannt worden sei. Der Gerichtshof sei zwar der Ansicht, daß der Angeklagte seine Pflichten erfüllt habe, doch habe er dem Breidenbach nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Es mußte ihm auffallen, daß bei der 11. Korporalschaft so viel Leute verletzt seien und wenn auch die betreffenden Soldaten ihm Erklärungen hierfür gegeben, so hätte der Chef diesen nicht glauben dürfen. Er hätte Untersuchungen einleiten müssen, umso mehr, als ihm Breidenbach als ein leicht erregbarer Mensch bekannt war.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Noch immer stehen die beiden Parteien einander abwartend gegenüber. Die Streikenden sehen keinen Grund, von ihrer bisherigen Kampfweise abzuweichen und da sie wissen, daß die Fabrikanten, wenn sie Geld verdienen wollen, ihrer notwendig bedürfen, beharren sie auf ihren Forderungen und wollen sich auf keinen Fall bedingungslos unterwerfen. Die Arbeitgeber nehmen ebenfalls eine abwartende Stellung ein. Sie haben auf neue Gewaltmaßnahmen verzichtet, nachdem sie gesehen mußten, daß weder ihre höchst mangelhaft durchgeführte Aussperrung, noch die Schließung des Arbeiterbeweises der Metallindustriellen irgend welche Wirkung auf die Haltung der Streikenden ausgeübt hat. In einem Rundschreiben Nr. 27 der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten wird eine lange Resolution mitgeteilt, die in der Generalversammlung in der Vorje vom 31. Oktober, wie gewöhnlich einstimmig gefaßt worden ist. Darin wird unter anderem gesagt, es sei von einer weiteren Entlassung von Arbeitern nicht die Rede gewesen. Damit wird die von bürgerlichen Mäthern gebrachte Mitteilung, daß die Metallindustriellen 7000 Arbeiter aussperrten wollen, dementiert. Auch im übrigen bildet die ganze Resolution lediglich eine „Erklärung“ gegenüber zahlreichen falschen oder entstellten Nachrichten, wie in der Einleitung gesagt wird. Zunächst heißt es dann weiter: „So lange der Streik dauert, sind alle Verschlüsse durch einfache Stimmabgabe, niemals nach der Zahl der von den einzelnen Fabrikanten beschäftigten Arbeiter gefaßt worden.“ — Dem gegenüber kommt der Referent der gestrigen Streikerversammlung der Gürtler feststellen, daß auf der Rückseite der Mitgliedslisten der Fabrikanten-Vereinigung, die neben andern Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung Unberufener als Legitimation für die Generalversammlung gelten, unter anderem folgender Passus aus dem Statut abgedruckt ist: „Die Verschlüsse werden durch Mehrheit der in der Versammlung vertretenen Stimmen gefaßt.“ Dieser Satz hätte doch gar keinen Sinn, wenn jedes antwefende Mitglied eine Stimme haben würde. Man muß danach annehmen, daß dieser wichtige Passus des Statuts, der den Großen ein Uebergewicht über die Kleinen sichert, für die Dauer des Streiks außer Kraft gesetzt ist. Ferner wird in der Erklärung gesagt, daß kein Druck von seiten der größeren auf die kleineren Fabrikanten innerhalb der Vereinigung ausgeübt worden ist. Außerdem wird es für falsch erklärt, daß die kleineren Fabrikanten innerhalb der Vereinigung durch die Furcht vor einem Boykott zusammengehalten werden, denn nur wenige derselben lieferten an andre Mitglieder, so daß eine Boykottierung unmöglich sei. — Demgegenüber konnte der Referent der gestrigen Versammlung, Pawlowitsch, ganz bestimmt behaupten, daß die Firma Erich u. Gräy einem Gießermeister die Gufaufträge entzogen hat, weil dieser für Firmen Guf liefert, die den Tarif unterzeichnet haben. Es stehen ja übrigens den großen Unternehmern noch ganz andre Mittel des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykotts zur Verfügung. Beweismäßen kann man doch auch die bei der Vereinigung niedergelegten Sichtswechsel dazu rechnen, deren Eintreibung manchem kleinen Fabrikanten die Erziehung kosten kann. Es ist auch daran zu erinnern, daß man die Firma Staberna d zum Bruch des von Herrn Staberna d eigenhändig unterzeichneten Tarifvertrages gezwungen hat. In der Erklärung wird dann weiter behauptet: Die Mitglieder der Vereinigung würden in ihrer jeden Tarifvertrag ablehnenden Haltung bestärkt, durch zahlreiche Klagen solcher Fabrikanten, die außerhalb der Vereinigung stehen und den Tarifvertrag, wie sie jetzt erklären, unbedachterweise unterzeichnet haben. Im übrigen kann aber die größere oder geringere Anzahl derjenigen, die angeblich dem Tarifvertrage beigetreten sind, die Mitglieder der Vereinigung nicht beeinflussen“ usw. Ein sonderbarer Widerspruch! Während im ersten Satz von zahlreichen Klagen die Rede ist, die doch jedenfalls von zahlreichen Fabrikanten, die den Tarif wirklich unterzeichnet haben müssen, wird im nächsten Satz der Beitritt zum Tarifvertrag als nur „angeblich“ hingestellt. Es wird dann noch beteuert: „Die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, von der gesagt wurde, daß sie unsern Beschlüssen nicht nachgekommen sei, ist nicht Mitglied unserer Vereinigung.“ Das ist nichts Neues; die A. E. G. gehört eben der Abteilung I des Männer-Vereins an und deswegen konnte man wohl annehmen, daß auch für sie, die von den Verschlüssen der Vereinigung der Metallwaren-Fabrikanten, der Abteilung II des Verbandes, berichtet wurde, zur Befolgung verpflichtet war. Pawlowitsch machte in der gestrigen Streikerversammlung noch folgende Mitteilungen, für deren Richtigkeit er bürgt. Danach hat Herr Hege wald, der Vorsitzende, in der Generalversammlung der Vereinigung der Fabrikanten gesagt: der Metallarbeiter-Verband hätte bei den Quasibindern 5000 M., im Auslande 50 000 M. geborgt. Trotzdem hätten die Streikenden in der vorigen Woche nur die Hälfte der Unterstützung ausgezahlt erhalten. Die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes würden immer vertriehelt, weil kein Geld da sei. — Die verammelten Streikenden lächeln über diese großen Lügen. Keiner konnte

sagen, daß er nicht seine volle Unterstützung samt den für die vorige Woche festgesetzten Zuschlag von 3 M. für ledige und 6 M. für Verheiratete ausbezahlt erhalten hat. — Ferner hat Fabrikant Lehnhof in der Generalversammlung sich beklagt, daß ihm jetzt in der besten Konjunktur gerade die besten Sträße von der Organisation weggenommen werden. Ein anderer Fabrikant hat erklärt, daß jetzt keine Streikbrecher mehr eingestellt werden sollten und daß, wenn der Streik beendet sei, die Streikenden geschloffen wieder eingestellt werden sollten. Von einem andern wurde noch erzählt: In den Streikversammlungen käme kein Arbeiter zu Worte, da sprächen nur die politischen Redner, die andern müßten den Mund halten. — Es verlohnt sich nicht, auf diese letzte Lüge einzugehen. Da die Streikversammlungen öffentlich sind, kann sich ja jeder, der die Wahrheit wissen will, selbst davon überzeugen, daß dort nicht allein den Arbeitern, sondern sogar den Fabrikanten volle Redefreiheit gewährt wird. Die Fabrikanten könnten sich diese Versammlungen einmal zum Muster nehmen.

Auch die gestrige Streikversammlung zeigte wiederum, daß die Streikenden noch auf demselben Standpunkt verharren wie bisher. Unter den wie gewöhnlich sehr zahlreich versammelten Gürtlern trat ebenso wenig irgendwelche Wandlung zu Tage, wie am Montag unter den Drückern.

Wie stark die Arbeiterschaft des Auslandes für den Streik in Berlin interessiert ist, zeigt folgendes Rundschreiben, das der Verband der Britischen Maschinenbauer an seine verschiedenen Filialen versandt hat:

Gewerkschaftsgenossen!

Die deutschen Metallarbeiter sind in einem Kampfe mit dem Verbande der deutschen Metallfabrikanten in Berlin verwickelt und der Vorstand erlaubt sich, Euch zu erlösen, ihnen beizustehen. Es sind uns volle Einzelheiten von Seiten der Arbeiter gegeben worden und wir finden, daß der Kampf, den sie führen, in jeder Hinsicht Eurer Unterstützung wert ist und ihrer bedarf. Außerdem glaubt der Vorstand, daß der Verband sowohl für sich selbst als auch für die deutsche Bewegung nützlich wäre, wenn er unter deutschen Kameraden eine gehörige Unterstützung zukommen ließe, sei es auch nur, um seinerseits ein Gegenstück für den großartigen Geist zu liefern, den sie vor sieben Jahren uns gegenüber an den Tag gelegt haben. Es wird Euch noch im Gedächtnis sein, daß die Deutschen Jüngling von Arbeitern des Festlandes ferngehalten und uns nicht weniger als 14 500 Pfd. (300 000 M.) gesandt haben, als wir in dem demütigenden Kampfe für einen Achtstundentag verwickelt waren; ein großer Teil kam damals von den deutschen Metallarbeitern. Zu jener Zeit verbreiteten die britischen Unternehmer, wie Ihr Euch erinnern werdet, eifrig übertriebene Behauptungen über schlechte Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter und beunruhigten damit die öffentliche Meinung in hohem Grade. Thatsächlich war der deutsche Arbeiter in keiner Weise der arme Sklave, als der er hingestellt wurde, und in der Zwischenzeit hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewaltige Fortschritte gemacht. Die Metallarbeiter machen gegenwärtig große Anstrengungen, die Arbeitszeit zu verkürzen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie erstreben einen neunstündigen Arbeitstag mit Reduzierung der Arbeitsstunden, wenn Mangel an Arbeit herrscht, 25 Prozent Lohnaufschlag für Überzeitarbeit und Arbeit außerhalb der Werkstätte, einen Mindestlohn von 7 1/2 Pence (90 Pf.) pro Stunde für Drücker und die Einziehung einer Kommission aus Unternehmen und Arbeitern zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen. Diese Forderungen sind in einem ausführlichen Schriftstück niedergelegt, das bereits von einer erheblichen Zahl von Unternehmern sowie von Vertretern beider Zweige der Arbeiterorganisation unterzeichnet worden ist, und sie entsprechen in der Hauptsache den Bedingungen, die bereits in mehreren großen Unternehmungen herrschen, wo die Arbeiter thatsächlich weniger als neun Stunden arbeiten und nach höheren Sätzen bezahlt werden, als die jetzt vom Unternehmerverband verlangten. Der letztere leistete jedoch Widerstand. Er hat, nachdem 2000 Metallarbeiter in den Ausstoß getreten, gegen 3000 weitere ausgesperrt und droht jetzt, die Aussperrung weiter auszudehnen.

Kannmehr ist die Zeit gekommen, zu zeigen, daß der Verband der Britischen Maschinenbauer hinter unsern deutschen Gewerkschaftsgenossen steht, damit vielleicht die Ausdehnung des Streikgebietes zu verhindern und zu einem Sieg nicht nur für Deutschland, sondern für die Sache der Arbeiter überhaupt beizutragen. Der deutsche Erfolg wird unser Erfolg sein. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Industrie in einem Lande macht es leichter, Verbesserungen anderwärts durchzuführen. Wenn wir jetzt mit den Deutschen gemeinsame Sache machen, so wird dies beide Seiten in künftigen Vermählungen stärken und ein praktisches Beispiel der Solidarität liefern.

Der Vorstand empfiehlt Euch daher einstimmig, eine Umlage von 5 Pence (50 Pf.) pro Mitglied für unsre deutschen Genossen zu bewilligen und fordert die Zweigvereine auf, für oder gegen diesen Vorschlag abzustimmen. Bitte, sendet die Abstimmungsergebnisse nicht später als bis zum 11. November an unser Bureau. Im Auftrage des Vorstandes.
(gez.) Geo. R. Barnes.

Das technische Bühnenpersonal des Metropol-Theaters hat während der gestrigen Vorstellung die Arbeit wegen schlechter Behandlung seitens des Direktors die Arbeit einmütig eingestellt. Der Abbau des zweiten Aktes wie der Aufbau des dritten Aktes wurde von Kontrolleuren und Stellern bewirkt.

Die Lohnbewegung der Konditoren und Pflasterer wurde am Montag in einer Versammlung dieses Berufes besprochen. Bekanntlich haben die Arbeitnehmer am 13. Oktober das Einigungsamt angegriffen und um Verhandlungen mit den zuständigen Arbeitgeber-Organisationen: dem Verein selbständiger Konditoren, dem Verein der Zuckerwaren-Fabrikanten und den beiden Vätervereinen nachgesucht. Die Antworten, welche diese Organisationen sowie drei einzelne größere Firmen erteilten, waren völlig ablehnend. Weidner, der als Vertreter der Lohnkommission in der Versammlung Bericht erstattete, führte unter anderem aus, daß der Verein selbständiger Konditoren in seiner Generalversammlung, welche die Forderungen der Gehilfen ablehnte, eine Resolution annahm, welche sich gegen den Kassierer der Orts-Krankenkasse, Demmer, der auch Mitglied der Lohnkommission ist, wendet, und den Vorstehenden der Ortskasse ersucht, Demmer darauf aufmerksam zu machen, daß sein Vorgehen, nämlich seine Beteiligung an der Lohnbewegung, seine Stellung in der Krankenkasse gefährden könne. Weiter bemerkte der Redner, daß in jener Generalversammlung der selbständigen Konditoren der Fabrikant Bode erklärt habe, in seinem Betriebe verdienen die Gehilfen wöchentlich 50—55 M., er habe deshalb keine Veranlassung, auf die von der Lohnkommission vertretenen Forderungen einzugehen. Die Angaben des Herrn Bode bezeugte der Referent als unzutreffend. Er habe sich nach den Lohnverhältnissen im genannten Betriebe erkundigt und könne folgendes feststellen: Ein nicht zu den schlechtesten gehörender Arbeiter des Bode'schen Betriebes verdiene in einer Woche 17,30 M., andere erzielten in 60 Stunden 25,18 M., 29, 28, 27, 38, einer in 70 Stunden 40 M., ein anderer in 120 Stunden 48 M. usw. Das Verhalten des Gehilfen-Vereins von 1875, der sich mit den gegenwärtigen Löhnen zufrieden erklärte, wurde vom Referenten abfällig kritisiert. Nach den ablehnenden Antworten der Unternehmer kam die Lohnkommission den Kollegen, da die Organisation im Hinblick auf die 5—6000 in Berlin arbeitenden Gehilfen noch so schwach ist, nicht raten, einen allgemeinen Streik zu beschließen, die Kommission ist aber bereit, ein Vorgehen in einzelnen Betrieben zu unterstützen, wenn die dort Beschäftigten gut organisiert und bereit sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Grundsätzlich haben unter dem Druck der gegenwärtigen Bewegung einige Arbeitgeber verschiedene Zugeständnisse gemacht. Der Referent empfahl folgende Resolutionen:

1. Die Versammlung erkennt in der Ablehnung jeder friedlichen

Vereinbarung die Absicht der Arbeitgeber, daß sie sich auch die geringsten Zugeständnisse erst abringen lassen wollen. Die Versammlung weist die Darstellungen unserer Lohnverhältnisse in den Antworten unserer Arbeitgeber an das Einigungsamt und in ihrer Generalversammlung als unzutreffend zurück und verpflichtet, mit aller Macht dahin zu wirken, daß in kürzester Frist ein Lohntarif in unserm Berufe von allen Seiten anerkannt werden muß. Für Weiterverbreitung der unglaublichen Quertreibereien durch den Gehilfenverein von 1875 wird sie Sorge tragen, daß diese Maßnahmen überall der gebührenden Beachtung anheimfallen.

2. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber unserer Branche es wagen, den angestellten Kassierer der Orts-Krankenkasse der Konditoren deshalb mit Entziehung seines Postens zu bedrohen, weil er in der Lohnkommission der Gehilfen tätig gewesen ist. Die Versammlung erwartet von den Delegierten und Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer, daß sie die Arbeitgeber im Vorstabe schleimigst dahin aufklären, daß irgend eine außeramtliche Tätigkeit des Kassierers der Orts-Krankenkasse sie absolut nichts angeht.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion, in der die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf besprochen sowie Mittel und Wege zur Stärkung der Organisation erörtert wurden. Die vorstehenden Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Seitens der Lohnkommission wurde erklärt, daß sie noch acht Tage ihres Amtes walten wird, um die Wünsche derjenigen Kollegen entgegenzunehmen, die in einzelnen Betrieben ihre Forderungen durchsetzen wollen. Sollte sich in dieser Zeit niemand melden, so betrachtet die Lohnkommission ihr Mandat als erledigt in der bestimmten Erwartung, daß die nunmehr aufgestellten Konditorgehilfen zu geeigneter Zeit die Lohnbewegung wieder aufnehmen werden.

Die Weißbiersfahrer der Brauerei Hilsbein legten am Dienstag früh einmütig die Arbeit nieder, nachdem dieselben zwecks Erledigung eingetretener Differenzen hinsichtlich der Gefäße vorgebens um eine Aussprache mit der Direktion nachgesucht hatten. Die Fahrer, welche sämtlich dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter angehören, stellten bei dieser Gelegenheit gleich eine Lohnforderung und wählten eine Kommission, welche unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters bei der Direktion vorstellig und auch anerkannt wurde. Nach zweimaliger mehrstündiger Verhandlung sind dann seitens der Direktion nachstehende Zugeständnisse gemacht worden: Die Fahrer erhalten anstatt wie bisher 75 M. 90 M. pro Monat. Die Kaution wird von 300 M. ab mit 4 Proz. verzinst. Da die Differenzen auch hinsichtlich der Gefäße zur Zufriedenheit der Beteiligten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde beschloffen, die Arbeit am Mittwoch wieder aufzunehmen. Daß die Direktion nicht gleich zur Verhandlung gewillt war, ist auf das Verhalten des Inspektors zurückzuführen.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Haisenarbeiter in Königsberg ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Ganz im Stillen, ohne daß Königsberg davon etwas merkte, ist diese Lohnbewegung geführt worden. Vor dem Einigungsamt wurde eine Einigung erzielt. Die Arbeiter erhalten in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends 45 Pf. Stundenlohn. Für Ueberstunden giebt es 50 Pf. und für Sonntagsarbeit 55 Pf. Stundenlohn. Die Haisenarbeiter hatten wohl höhere Forderungen gestellt, gingen aber, um eine Einigung zu erzielen, auf diese Bedingungen ein. In dieser Lohnbewegung ist wieder einmal zu sehen, wie grundlos das Gerücht der bürgerlichen Blätter ist, die stets behaupten, die Arbeiter werden nur von den socialdemokratischen Agitatoren „aufgehört“ zum Streifen.

Ausland.

Ein Droschkentaxi-Streik aus eigentümlichen Ursachen ist in Stockholm ausgebrochen. Die Kutscher der Aktiengesellschaft Taxameter in Stockholm sind am Freitag in den Streik getreten, weil die Pferde so schlecht in stand gehalten, so schlecht genährt werden und so lange, täglich 13—14 Stunden Dienst thun müssen, daß sie nicht das leisten können, was die Kutscher von ihnen fordern müssen. Die Streikenden verlangen unter anderem, daß den Pferden 10 Kilogramm Hafer statt 8 Kilogramm, 8 Kilogramm Heu statt 4 Kilogramm usw. verabfolgt werden; sie verlangen ferner, daß der Direktor der Gesellschaft abgeteilt werde, und außerdem, daß der Arbeitsvertrag, den sie abgeschlossen haben, innegehalten und ihnen demgemäß die Prozente von ihren Tageseinnahmen am Ersten eines jeden Monats und nicht erst am Fünftzehnten ausbezahlt werden. Eine der Ursachen des Streiks bildete die Entlassung zweier Kutscher, die sich geweigert hatten, mit ihrer Angabe nach untauglichen Pferden zu fahren.

Für die Grimmitzauer Weber gingen beim Rigborser Gewerkschaftskomitee nachstehende Beiträge ein:

Auf Riste	574 8,05	575 1,70	576 8,10	580 9,40	582 4,60	584 5,60	585 12,50	588 7,70	589 6,65	593 5,90	600 11,--	602 0,75	603 6,--	604 8,75	607 4,--	608 14,40	(gesammelt in der Lederfabrik Salomon, Rigbor).
	611 4,65	612 4,95	613 4,90	614 1,10	619 2,40	620 4,65	621 4,40	624 10,90	625 5,30	634 17,65	(gesammelt bei Siemens u. Halste, Carlgrafenstraße),	635 1,75	636 5,75	637 12,35	und 640 8,25.		

Den Webern besten Dank. Weitere Beiträge werden beim Obmann H. D e n d r i c h e, Rischhoffstr. 2, entgegengenommen.

Kommunales.

Die Eingemeindungsfrage der Vororte Berlins mit Berlin wurde in der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses debattiert, der zur Vorberatung des Antrages der Stadtverordneten Dr. Preuß und Genossen eingesetzt war, den Magistrat zu ersuchen, mit den benachbarten Stadt- und Landgemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsam Einrichtungen für die Wahrnehmung und den Ausgleich kommunaler Interessen innerhalb dieses Verwaltungs-Bereichs vorzubereiten. Was du in der Minute ausgefallen, bringt keine Ewigkeit zurück. Das war der Grundton, der die Debatte beherrschte. Klein-Berlin hat bis in die jetzige Zeit hinein scharf sich durch Eingemeindung der nördlichen Strecken (Gesundbrunnen, Moabit) und westlicher Teile (der Teil Schöneberg, der vor dem Potsdamer Thor lag) arrondiert. Von den jetzigen Jahren an entwickelte sich Berlin mächtig; die liberale Fürsorge wurde sehr geriepen, aber thatsächlich unterließ sie eine weitere Arrondierung; die Ausbeutung insbesondere des Westens durch das Privatkapital erschien dem freiwilligen Klassentinstinkt vorstabiler. Berlin war Ende der 90er Jahre von kräftig sich entwickelnden Vororten umgeben. Anfang der neunziger Jahre bot sich die Gelegenheit zur Bildung Groß-Berlins, begünstigt durch den Minister Herrfurth. Die Stadtgemeinde zauderte trotz der eindrucksvollsten Darlegungen der Socialdemokraten, wie notwendig im sozialen Interesse, im Interesse des Verkehrs, der Hygiene, der Schulung der Armenpflege usw. eine Eingemeindung wäre. Herrfurth ging. Die Jandernden, Aengstlichen haben das Nachsehen. Die Stimmung in der Regierung schlug völlig ins Gegenteil um: Berlin soll von einer Reihe Gemeinden cerniert und ausgehört werden. Im Laufe der Entwicklung wurde für die Nachbargemeinden und Berlin das Bedürfnis gemeinsamer Ordnung gemeinsamer Angelegenheiten dringlicher. Der Antrag Preuß ist ein Ausfluß dieser Erkenntnis. Er leidet freilich an zu großer Schwammigkeit: Was soll geregelt werden? Mit welchen Gemeinden? Wie weit? Alle diese Kernfragen ließ der Antragsteller auch in dem Ausschuss offen. In der Debatte wurde nach vielem Hin und Her auf Antrag unserer Genossen beschloffen, die weitere Verhandlung zu verlagern, bis die von einem Magistratsrat in Ausarbeitung genommene Denkschrift erschienen ist.

Versammlungen.

Die Altkamerarbeiter und Arbeiterinnen besaßen sich am Montag in einer öffentlichen Versammlung erneut mit der von ihnen erstrebten Aufbesserung und einheitlichen Regelung

ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die ganze Branche. W h t o m s i legte den Anwesenden die Notwendigkeit klar, unbedingt an den in einer früheren Resolution niedergelegten Forderungen festzuhalten. Diese lauten auf Einschränkung der neunstündigen Arbeitszeit an Stelle der bisher zehnstündigen; Zahlung eines prozentualen Zuschlags für Ueberstunden und Einführung von Minimallohn sowie Erhöhung der Accordsätze, wie sie für das Buchbindergewerbe festgesetzt sind. Sämtliche Diskussionredner und Rednerinnen auferten sich im Sinne des Referenten. Es sei endlich einmal an der Zeit, daß sich auch die Altkamerarbeiter wieder ermannen, da die meisten von ihnen nicht einmal einen Lohn von 24 M. verdienen; Frauen bringen es sogar nur auf 12—14 M. Sei es doch vorgekommen, daß ein Fräulein zu einem arbeitssuchenden Kollegen sagte: „Wenn Sie ein ordentlicher fleißiger Arbeiter sind, dann können Sie es bei mir auf 21 Mark (!) Wochenlohn bringen.“ Einem Pappentanzler wurden ganze 27 Pf. pro Stunde geboten. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, alle erforderlichen Vorbereitungen zu einer im kommenden Jahre einzuleitenden Lohnbewegung zu treffen und bis dahin für möglichste Stärkung der Organisation zu sorgen.

Die Fabrik-, Land-, Haisenarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielten am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Den Vorstandsbericht gab Bruns. Außer vier öffentlichen und sechs Mitglieder-Versammlungen sind im letzten Halbjahr 11 Vorstandssitzungen, sechs Vertrauensmänner-Konferenzen und 47 Fabrikbesprechungen abgehalten worden. Die rührige Agitation ist dem auch von einem schönen Erfolg begleitet gewesen. So hat sich die Mitgliederzahl ungefähr verdoppelt, indem sie auf 851 stieg, während sie bisher jahrelang nur etwa 3—400 betragen hatte. Neuen Ansehens hat der Verband in mehreren Fabriken von Marienfelde, in den Lichtenberger Seifenfabriken und in einer Anzahl Berliner Gummiabriken gefunden. Einen wenn auch nur minimalen Erfolg erzielte die Organisation bei den Differenzen in der Rummelsburger Anilinfabrik, dagegen gelang es, durch Verhandlungen mit der Direktion des Vorkriegs-Berkes und der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft für die in Frage kommenden Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde zu ermöglichen und mehrere angekündigte Verschlechterungen abzuwehren. Eine Anzahl Mitglieder sind auch durch die Metallarbeiter-Ausperrung in Mitleidenschaft gezogen; sie werden sätungs-gemäß unterstützt. Infolge Anbänderung der laufenden Agitationsarbeiten sind in den verschiedenen Stadtteilen Bezirke eingerichtet worden, deren Leiter die Ortsverwaltung nunmehr wesentlich entlasten.

Als Le verlas hierauf den Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme belief sich auf 2688,51 M., die Ausgabe auf 654,49 M. An den Hauptvorstand wurden abgeliefert 950,55 M.; so daß am Orte ein Bestand von 1074,77 M. verbleibt. Die am 1. April gegründete Arbeitslosen-Unterstützungskasse hat sich besser entwickelt, wie anfangs angenommen werden konnte. Vereinnahmt wurden in diesem Halbjahr 1424,15 M., vorausgab 80,70 M., so daß am Schlusse des Jahres der veranschlagte Garantiefonds voraussichtlich voll vorhanden sein dürfte. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

Sodann gab D p i y den Bericht von der Gewerkschafts-Kommission und G l i e s e den Bericht von der Gaulekonferenz. Mehrere Diskussionredner sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß die Konferenz sich auch diesmal nicht zur Anstellung eines besoldeten Gauleiters hat verstehen können, da es doch klar auf der Hand liege, daß die stets wachsenden Agitationsarbeiten, wenn sie auch mit halbwegs zweckentsprechend ausgeführt werden sollen, nicht alle des Sonntags und nach Feierabend besorgt werden können. Die alsdann vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter: Bruns; Kassierer: N ä h l e; Schriftführer: D e n t h i e n; Revisoren: W e i s e, W o l t e r und G r a m s; Gauleiters: Z h ä d e r; Delegierte zur Gewerkschaftskommission D p i y und G e r b e. Mit der Expedition des Verbandsorgans an die Vertrauensleute wurde R o w a k beauftragt. Zum Schluß empfahl der Vorsitzende den Kollegen, sich am Wahltag rechtzeitig zur Stimmabgabe einzustellen.

Jossen. Am 21. Oktober hielt der hiesige Wahlverein seine Generalversammlung ab. Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende Genosse S c h w i g l y mit, daß er sich zwecks Abhaltung eines Auslandsbesuchs für die Mitglieder mit dem Genossen Dr. Alberty in Verbindung gesetzt und dieser auch für den ersten Weihnachtstag zugesagt habe. Die Genossen S c h u l z, M ä l l e r und F r e u t e l wurden dann als Bezirksführer gewählt. Die Parteipetition wurde dem Genossen K a l o w, Varubersstr. 56, übertragen. — Neu aufgenommen wurden drei Genossen. — Hierauf erstattete Genosse K o t t e den Kassenbericht für das verfloffene Halbjahr. Es war eine Einnahme von 349,75 Mark und eine Ausgabe von 311,46 Mark zu verzeichnen; unter letzterer Summe befinden sich die an den Central-Wahlverein eingekaufte Gelder. — Aus dem Vorstandsbericht ist folgendes zu erwähnen: Es haben 13 Vorstandssitzungen, 5 Vereinsversammlungen und 5 Volksversammlungen stattgefunden. Der Mitgliederbestand war am Anfang des Halbjahres 88, am Schluß 84; die höchste Mitgliederzahl hatte der Verein im Monat Mai mit 100. Die Beteiligung an der Wahlarbeit ist eine sehr rege gewesen und konnten am Wahltag selbst noch sieben Genossen nach auswärts geschickt werden. Leider sind auch zwei Bestrafungen vorgekommen, indem die Genossen K a d e und H o f f m a n n vom Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung eines Schyumanns am Wahltag zu 20 bzw. 10 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. — Hierauf erstattete Genosse K o t t e einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Im Anschluß hieran fand eine zum Teil sehr erregte Debatte über den Parteitag statt, in der die meisten Redner ihr Bedauern über die unerquicklichen Debatten aussprachen, die das Ansehen der Partei nur schädigten, während von andren Rednern diese Debatten als notwendig bezeichnet wurden. Zum Schluß einigte sich die Versammlung auf die von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins angenommene Resolution. — Hierauf gab der Vorsitzende die Namen der Wahlmänner — es sind dies die Genossen L e n z, S c h m i d t (1. Bezirk), W i l m e n s t e t t e r, K a l o w (2. Bezirk) und F r e u t e l, L e h m a n n (3. Bezirk) — bekannt und schloß die Versammlung mit einem kurzen Hinweis auf das vor 25 Jahren erlassene Socialisten-gesetz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 3. November. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Die Kammer berät einen vom Senat angenommenen Antrag betreffend die Stellenvermittlungsbureaus. Der Abg. Coutant (Soc.) verlangt, daß sie sofort und ohne Entschädigung aufgehoben werden. Der Berichterstatter G h a m b o n (radikaler Republikaner) stellt namens der Kommission für Arbeiterverhältnisse den Antrag, die Stellenvermittlungsbureaus innerhalb 6 Jahren unter Gewährung von Entschädigungen aufzuheben. Handelsminister Trouillot spricht sich für den Antrag der Kommission aus, wobei er auf Mißbräuche, die bei Stellenvermittlungsbureaus vorzukommen, hinweist. Coutant (Soc.) wiederholt seinen Antrag auf Aufhebung der Bureaus ohne Entschädigung. Dieser Antrag wird mit 467 gegen 102 Stimmen abgelehnt; darauf werden die einzelnen Artikel der Vorlage betreffend die Abschaffung der Stellenvermittlungsbureaus genehmigt und schließlich die Vorlage als Ganzes mit 495 gegen 16 Stimmen angenommen.

New York, 3. November. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Nach Telegrammen aus Colon geht dort das Gerücht, daß Aberrandige Ereignisse bevorstehen. Es sei ein Plan im Werke, die (unabhängigkeit des Jhmms zu sichern. Ein kolombisches Kanonenboot mit mehreren hundert Mann an Bord und das Kanonenboot „Rajville“ der Vereinigten Staaten sind in Colon angekommen.

Nach dem Parteitage.

Ein Artikel der Wp.-Korrespondenz, der von der Parteipresse zum Teil übernommen wird, urteilt über Mehrings Entwicklung. Wir geben einige Partien aus dem Artikel wieder, die seine Argumentation zeigen.

Franz Mehring begann seine literarische Laufbahn als Kritiker des untergehenden bürgerlichen Liberalismus, nicht als Feind der Bourgeoisie. Er trat in den literarischen Kreis ein, der das publizistische Epigonenamt der deutschen Bourgeoisie umfaßte.

Die deutschen Publizisten der 60er Jahre lebten von den Traditionen der März-Revolution. Sie konnten es nicht fassen, daß der aufgewärmte Liberalismus der 60er Jahre hinter dem halben Revolutionismus der vormärzlichen Bourgeoisie zurückblieb, sie waren die Antreiber und Anpfeiler des Liberalismus. Der junge Mehring fand Männer mit stolzem Geist und edlem Sinn, die mit der ganzen Wucht ihrer Persönlichkeit für die Ideale des Liberalismus eintraten und doch selbst fühlten, daß ihnen der Boden unter den Füßen entgleitet. Ihre Sympathien schlangelten sich bald zum Proletariat hinüber, das durch die revolutionäre Energie seiner aufstrebenden Bewegung ihnen imponierte, bald schreckten sie in sich zusammen vor der Kraft, die sich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie aufthut. F. Lassalle hat die letzten politischen Verbindungsdrähte zwischen dem deutschen Proletariat und dem Liberalismus zerhauen, zugleich aber, indem er die sozialistische Bewegung auf den nationalen Boden stellte, einen geistigen Uebergang geschaffen von der liberalen Ideologie, durch Einheit der Nation, zum demokratischen Sozialismus. Ueber diese Brücke kam auch Franz Mehring.

Mehring's Schrift gegen Treitschke, obwohl in die Form einer sozialistischen Revue gekleidet, ist ihrem Inhalte nach doch nur eine liberale Antikritik. Es spricht aus ihr vor allem die Indignation des Unvoreingenommenen und freier Denkenden vor den Sottissen und Gemeinheiten, mit denen eine anerkannte Leuchte der bürgerlichen Geschichtswissenschaft den Sozialismus zu bekämpfen glaubte. . . .

Erst man die Profschüre auf ihren sozialistischen Gehalt, so erhält man eine sehr geringe Ausbeute. Er läßt sich in die magere These zusammenfassen: die Arbeiterbewegung ist eine geschichtliche Notwendigkeit und bedeutet einen kulturellen Fortschritt. Vom sozialrevolutionären Charakter der Arbeiterbewegung, vom Klassenkampf, seinen Mitteln und Wegen fehlt jede Spur der Erkenntnis. Im Gegenteil, der Sozialismus will, nach der Meinung des Autors, die unüberbrückbaren Klassenunterschiede zerschneiden und er macht dem gelehrten Professor seine „fanatische Predigt der unüberbrückbaren Klassenunterschiede“ zum bitteren Vorwurf. Daneben erscheint ihm der „alte Feig“ als ein Verräterling und Kaiser Joseph als Opfer seines Eintretens für das arme Volk gegen die bestehenden Klassen. Es war ein Sozialismus, unter dem sich heutzutage ein Pfarrer Raumann unbedenklich unterschreiben würde und der nicht darüber hinausging, was auch damals schon Professor Schmoller dem Professor Treitschke entgegenhielt. Es war auch nicht Gefühlssozialismus im Sinne eines Schäffle.

Sentimentalität ist überhaupt nicht die literarische Art Mehring's. Er wirkt auch nicht auf das Temperament, sondern auf den Verstand. Er gehört nicht zu denjenigen, die durch ihre Begeisterung hinreißen, sondern zu den andren, die durch ihren ägenden Spott vorwärts treiben. Einmal den Gesichtspunkt gewonnen, bewegt sich sein Gedanke unaufhaltsam vorwärts und zaudert nicht vor der äusersten Konsequenz. Die sich zwischen den Gegensätzen sonst hin- und herwagelnde Wellenlinie, die sich nach rechts und links bald nähert, bald entfernt, widerspricht seiner Natur. In jedem Streit ist er ganz bei der Sache. Bei jedem Streit sieht er nur das Streitobjekt, dem er alles andre, was war, ist oder sein wird, unterordnet. Darin ist seine Kampfesdisposition stets einseitig. Der Blick des Politikers, der wagt und nicht und den einzelnen Kampf einen allgemeinen Ziele unterordnet, fehlt ihm vollständig. Er kämpft, wie die Japaner zeichnen — ohne Perspektive, wodurch eine Unproportionalität der einzelnen Teile entsteht. Er ist ein vorzüglicher Parteigänger, aber kein Organisationsmensch, und es fehlen ihm alle Eigenschaften eines Führers. Darin liegen seine Tugenden und seine Schwächen.

Ueber Mehring's Angriffe auf die Socialdemokratie ist viel moralisiert worden. Wie er einzelne Personen beschimpft, was er Schlimmes von der Partei gesagt hat, das ist weidlich breitgetreten worden. Worin aber sein sachlicher Gehalt zur Partei bestand, das haben uns seine Angreifer verschwiegen. Und doch ist das die Hauptfrage. Denn, daß ein Mann wie Mehring, wenn er sich in Opposition befindet, vor nichts mehr zurückhält und am allerwenigsten vor Personen, das braucht man uns nicht erst aus seiner späten Vergangenheit nachzuweisen.

Zunächst muß konstatiert werden, daß Mehring auch bei seiner Befehdung der Socialdemokratie der Arbeiterbewegung durchaus wohlwollend gegenübersteht. Er ist weit davon entfernt, von dem, was er gegen Treitschke sagte, auch nur das geringste zurückzunehmen. Im Gegenteil, er wendet sich auch in seiner neuen Schrift nicht minder scharf, als im Anti-Treitschke, gegen den Liberalismus wegen seiner schroffen Ablehnung der Arbeiterforderungen. Er höhnt über die Fortschrittspartei wegen dem „seltenen Ungeschick und Anglat“, welches sie in Sachen der Arbeiterfrage von jeher behätigt hat und in aller Zukunft behätigen zu wollen scheint, er wirft ihr vor, daß sie „in Fragen der Socialreform ängstlicher, negativer und zurückhaltender sei, als es heute irgend eine politische Partei ist“, er spricht mit wahrer Begeisterung von F. A. Lange's „Arbeiterfrage“ und eignet sich dessen Urteil an: „In der Fortschrittspartei gelte es als eine Heerei ersten Ranges, zur socialistischen Bewegung auch nur ein objektives Verhältnis einzunehmen“. Ueber die politische Verfolgung der Socialdemokratie urteilt er: „Die militärischen, polizeilichen und strafrechtlichen Prozeduren gegen die Führer der Eisenacher Fraktion gehören zu den bellagendsten Ereignissen jener Zeit, bellagendwert nicht minder vom rechtlichen wie vom politischen Standpunkt.“ Mehr als Wohlwollen und den Kampf um ein objektives Urteil enthielt aber auch Mehring's Anti-Treitschke nicht. Von einer Verrückung der grundsätzlichen Ueberzeugung kann also nicht die Rede sein. Was Mehring in seiner damaligen „Geschichte der Socialdemokratie“ bekämpft, ist — der „revolutionäre Sozialismus“, der „Kommunismus“. Er bekämpft ihn nicht vom Standpunkte der Interessen der Bourgeoisie, sondern vom Gesichtspunkte der Einheit der Nation. Das ist wichtig. Zum Verfasser der ausbeutenden Massen hat sich Mehring niemals erniedrigt. Man wird in allen seinen Schriften nicht ein Wort finden, das man in diesem Sinne deuten könnte. Er bekämpfte uns nicht als Bourgeois, sondern als bürgerlicher Demokrat.

Es bleibt noch übrig, die theoretischen Einwände Mehring's gegen den Sozialismus zu prüfen. Um es gleich vorwegzunehmen: sie beden sich mit der Argumentation unseres modernen opportunistischen Revisionismus in einer Weise, daß es zum Lachen ist. Er bestreitet nicht die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus, nur findet er, daß diese Wissenschaft noch in ihren „ersten Anfängen“ sei und selbst der Begriff noch „schwankend und unklar“ sei. Ugl. Bernstein über die Wissenschaft des Sozialismus. Die abstrakte Möglichkeit des Sozialismus will er nicht leugnen, nur meint er: „je weiter seine Ideen und Systeme greifen, um so längerer Entwicklung bedürfen sie, einer Entwicklung, die sich nicht nach Jahrzehnten, sondern nach Jahrhunderten oder Jahrtausenden bemisst und dem praktischen Politiker die vollste Seelenruhe noch nicht zu träben vermag“. Vergl. Bernstein: „das Ziel ist mir nichts, die Bewegung alles“. Der Socialistenfresser Mehring ist überhaupt in die Praxis und positive Arbeit nicht minder vernarrt als unsere opportunistischen Praktiker. Er entdeckt einen inneren Widerspruch bei Marx und

Lassalle zwischen Realpolitik und Revolutionismus. . . . Mehring leugnet nicht das „schnelle Anwachsen des Kapitalreichtums“, aber er meint, bis zu einer extremen Klassencheidung seien noch weite Wege: „überblicken wir die reiche Mannigfaltigkeit unseres nationalen Lebens, so erkennen wir deutlich, eine wie unendliche Stredde Weges uns von den extremen Mißgebilden der großen Industrie trennt“. Auch die Bewertung auf die Sonderheit der Agrarverhältnisse fehlt nicht. Er findet und legt Wert darauf, daß der landwirtschaftliche Mittelbetrieb zu Gunsten des Vorzellanbetriebes und nicht des Grundbetriebes zurückgeht. Andererseits konstatiert er eine „steigende Entwicklung der Arbeiterklasse“, ohne zu verkennen, daß dieser Prozeß „langsam und mühevoll sich vollzieht“. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit sei ein schwankendes, wobei „bald das Kapital der Arbeit, bald die Arbeit dem Kapitale die Bedingungen der gegenseitigen Beziehungen bitterer laßt“. Das Heil der Arbeiter erblickt er in der Sicherung des Koalitionsrechts und in der Socialreform. . . .

Wir wissen, daß Mehring sich bald genug belehren ließ und mit demselben Eifer, mit dem er uns belämpfte, aber mit besseren Waffen, gegen unsre Feinde socht. Von seiner publizistischen Thätigkeit in den Reihen der Bourgeoisie konnte er sich jedoch nicht trennen. Es will mir scheinen, daß nicht allein seine Schrift gegen unsre Partei ihm dabei im Wege stand. Das wäre überwinden, wollte er sich offen zu unsrer Partei bekennen. Aber das konnte er nicht. Er kritisierte die Bourgeoisie, höhnte den Liberalismus, denunzierte ihn vor dem Proletariat, er schuf sich Feinde, ohne sich neuer Freunde zu verschern, er konnte sich auf keine Partei stützen, er war schließlich nur noch ein verlorener Posten der alten großzügigen deutschen Publizistik, aber er hielt getreulich aus, vielleicht auch im Gefühl, daß er ein geistiges Erbe zu verwahren hatte, die Traditionen der deutschen politischen Literatur, daß mit ihm der letzte nationale Publizist Deutschlands vor den Zeitungsschmierern der Bourgeoisie das Feld räumen würde. Aber was er nicht über sich zu gewinnen vermochte, wurde ihm schließlich aufgezwungen. Es bildete sich bekanntlich gegen ihn eine Koalition der bürgerlichen Presse, der Verleger und der Redakteure, der Arbeitgeber und der Anwälte, und diese Koalition drängte ihn aus den Reihen der bürgerlichen Journalistik heraus. Die Bourgeoisie konnte diesen Mann nicht vertragen: er besaß große Gesichtspunkte, einen kühnen Geist, er hatte Kenntnisse und war unbefleht. So kam er denn zu uns.

Ich fasse mein Urteil über Mehring zusammen: Er arbeitete an der geistigen Entwicklung seiner Nation und er kam zum proletarischen Sozialismus, der die nationalen Schranken sprengt, weil er keine andre Möglichkeit sah, die deutsche Nation vor Parasitismus, die deutsche Kultur vor dem Untergang zu retten. Das deutsche Proletariat kann stolz darauf sein, daß der letzte deutsche Publizist in seiner Mitte Rettung suchte und einen Wirkungskreis fand.

Im Verfolg der Auseinandersetzungen mit der Frankfurter „Vollstimme“ hatte Mehring dieser durch öffentliche Erklärung das Eigentumsrecht an seiner Schrift gegen Treitschke geschenkt mit dem Bemerkens, sie möge eine neue Ausgabe derselben veranlassen. Wir haben mitgeteilt, daß dadurch die „Vollstimme“ einen Abdruck der Profschüre in ihrer Beilage „Aus der Waffenkammer des Sozialismus“, die, nebenbei gesagt, ein sehr verdienstliches Unternehmen ist, angelündigt hatte. Nunmehr zieht Mehring sein Angebot zurück. Er erläßt in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung, worin er der „Vollstimme“ in Bezug auf die Beurteilung der fröhlichen Profschüre Einstellung der Wahrheit vorwirft, und zum Schluß schreibt er:

„Wenn die Frankfurter „Vollstimme“ nach diesen Leistungen noch mein „freundliches Angebot“ annehmen zu dürfen glaubt und meine Profschüre neu zu drucken vertritt, so überschätzt sie ihre Gewissenhaftigkeit ebenso sehr, wie meine Gutmütigkeit. Ich wäre ein Narr, wenn ich den neuen Druck meiner Schrift einem Rabulistik anvertrauen wollte, der bei genauerer Kenntnis meiner Vergangenheit meine Arbeiten für die Partei bis in eine sehr nahe Vergangenheit als „epochemachend“ gefeiert und die „Reinheit“ des von ihm redigierten Blattes mehr als einmal durch meine, dringend von ihm erbetene Mitarbeit getrübt hat, und der nunmehr mit meinem Text ebenso ungeniert umspringt wie mit seiner Wahrheitsliebe, um mich öffentlich herunterzureißen. Ich habe in einem eingeschriebenen Briefe an die Frankfurter „Vollstimme“ die ihr erteilte Genehmigung zurückgezogen, meine Schrift gegen Treitschke zu veröffentlichen, werde jedoch, sobald mir wieder eine schriftstellerische Thätigkeit ermöglicht ist, eine andre Parteizeitung, deren Loyalität mir einen gewissenhaften und unversüßelten Abdruck verbürgt, um eine neue Ausgabe des Schriftchens eruchen.“

Antwort.

Es widerspricht mir, die Polemik mit Dr. D. Braun fortzusetzen; sie wäre auch zwecklos.

Bei der ihm zu Gebote stehenden Rabulistik würde diese Polemik bis an den St. Nimmerleinstag währen können, ohne Klarheit über die streitigen Punkte zu bringen. Und mit der stützigen Entrüstung, mit der er immer wieder in seinen Erklärungen debattiert, trage ich kein Verlangen zu konkurrieren.

Das Urteil über sein Auftreten in und nach Dresden dürfte bei 90 Proz. der Parteigenossen feststehen, und wie daselbe ausgefallen ist, darüber bin ich beruhigt.

Nur auf einen Punkt muß ich antworten. Er erklärt eine Aeußerung von mir auf dem Röhner Parteitag, wonach ich dort mich dagegen verwahrte, für brieflich oder privatim gethane Aeußerungen öffentlich Rede zu stehen und mich quasi darüber zu verantworten. Dr. D. Braun sieht darin einen Widerspruch mit meinem Verhalten ihm gegenüber.

Der Vergleich hinkt. Ich habe keine brieflichen Aeußerungen über Mehring nicht veröffentlicht, um ihn darüber zur Rede zu stellen oder verantwortlich zu machen, sondern nur zur Illustration seines jetzigen Auftretens gegen Mehring, und dieses beleuchten sie sehr wirksam.

Bebel.

Braun contra Mehring.

Ich muß leider nochmals den Raum des „Vorwärts“ mit einer Aufklärung in Anspruch nehmen.

Braun wirft in seiner gestrigen Erklärung Bebel vor, daß er „zwar meine Briefe an Mehring veröffentlicht, die Mehring empfohlen, dagegen die Briefe und mündlichen Aeußerungen, in denen ich noch viel öfter Kaustky auf die Gefahren hinwies, die es für die Partei haben müßte, wenn er seinen pflichtmäßigen redaktionellen Einfluß gegen das terroristische, die Partei verheerende Treiben Mehring's nicht geltend macht, auch mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt.“

Dieser Satz enthält den Vorwurf, Bebel oder ich, der ich ihm die Briefe Brauns übergab, hätten unter diesen eine Auswahl getroffen und diejenigen, die uns nicht paßten, unterschlagen. Ich muß daraufhin bemerken, daß die veröffentlichten Briefe Brauns meines Ergrünnens die einzigen sind, die er mir in dem Zeitraum, zu dessen Aufstellung sie dienen sollen (1880—1888), über Mehring schrieb. Sicher sind es die einzigen, die ich darüber besitze, und ebenso sicher hat er mir damals keinen einzigen geschrieben der in einem andern Sinne, als die veröffentlichten, gehalten gewesen wäre.

Die Proteste gegen die Mehring'sche Mitarbeiterschaft stammen aus einer viel späteren Zeit, der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nachdem Braun sich mit Mehring verfeindet hatte. Brieflicher Proteste aus dieser Zeit kann ich mich nicht entsinnen, auf keinen Fall erschienen sie mir wichtig genug, sie aufzugeben. Mündlicher Proteste

dagegen erinnere ich mich sehr genau. Der erste davon richtete sich gegen die Kritik, die Mehring an Sombart übte (1890).

Welchen Grund Bebel oder ich haben sollten, diese Proteste zu unterschlagen, bleibt mir unerfindlich. Sie stammen aus den letzten Jahren, werfen also kein neues Licht auf die Briefe von 1887; sie betreffen nur eines, was weder Bebel noch ich bestritten: daß Braun gegen Mehring bereits zu einer Zeit intriguierte, wo jenen noch niemand auf den „Gartenlaube“-Artikel aufmerksam gemacht, der angeblich seine Umkehr bewirkte.

R. Kaustky.

Genosse Heine bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Genosse Bebel erzählt in seinem Artikel „Zur Nichtigstellung“ in Nr. 257 des „Vorwärts“ Dinge, die nie jemand bestritten, und wendet sich gegen Ausführungen, die ich nie gemacht hatte, und erweckt dadurch den Eindruck, als ob er mit einer „grundfalsche“ Auffassung nachweisen könnte.

Ich habe in meinem Aufsatz „Zur Zuständigkeitsfrage“ klar und deutlich gesagt, daß für ein Schiedsgericht, das über einen Antrag auf Ausschluß entscheiden soll, der § 2 des Organisationsstatuts gilt, daß ich aber, falls es sich um eine Verantwortung anderer Art handeln sollte, diese zwar nicht ablehnen, sie aber dem dritten Berliner Wahlkreise vorbehalten müßte.

Weshalb Bebel sich auf ein Schiedsgericht mit Bly Braun nicht eingelassen hat, ist — wie ich schon in Nr. 256 des „Vorwärts“ hervorgehoben habe — für die Frage der Zuständigkeit gleichgültig; die Hauptsache war festzustellen, daß Parteivorstand und Bebel gehandelt haben nach der Auffassung, die auch ich für richtig halte, wonach keine Verpflichtung besteht, sich auf ein Schiedsgericht einzulassen, das nicht einen Antrag auf Ausschluß zum Gegenstande hat. Berlin, 3. November 1903. Wolfgang Heine.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.

Werte Genossen!

Seit Wochen bereits tobt in den Spalten des „Vorwärts“ ein widerwärtiger Litteratenstreit, der vom Dresdener Parteitag übernommen ist und dessen Ende noch immer nicht vorausgesetzt werden kann. Fast täglich füllen „Erklärungen“, „Gegenerklärungen“, „Erwidlungen“ und „Mittigstellungen“ ganze Seiten des „Vorwärts“, ohne daß auch nur im mindesten völlige Klarheit über die Affaire Braun-Mehring dadurch geschaffen wird, im Gegenteil, mit jedem Tage wird die ganze Angelegenheit nur noch verwirrender, so daß es wohl inzwischen die meisten „Vorwärts“-Leser, angewidert von diesem Gezänk, längst aufgegeben haben, alle die weitergeführten Auslassungen unsrer „Geistesaristokraten“ überhaupt noch zu lesen.

Dadurch verfehlen die bis ins Unendliche getriebenen „Ergüsse“ aber auch absolut ihren etwaigen Zweck, und die Redaktion des „Vorwärts“ spant die Geduld ihrer Leser wahrlich auf die Folter, wenn sie nicht endlich dem elken Gezänk ihre Spalten verschließt.

Wir protestieren jedenfalls auf das allerentschiedenste gegen einen weiteren Mißbrauch des „Vorwärts“ durch jene Litteraten, die in ihrem Gezänk nun sichtlich kein Ende zu finden wissen, und wir unterzeichnen Leser des „Vorwärts“ sind der Auffassung, daß der Raum des „Vorwärts“ gewiß für bessere Zwecke verwendet werden könnte.

Indem wir die geehrte Redaktion um Abdruck dieses Protestschreibens bitten, glauben wir mit demselben allen Parteigenossen aus dem Herzen zu sprechen, welche sich die Lust an der Parteiloyalität nicht durch solche Profschmäusfertige bereinigen lassen wollen.

- Mit Parteigruß E. Nieger, Spandau. Carl Althold, 8. Kreis, Emil Pfannhuch jun., 5. Kreis, Bly, Wehm, 4. Kreis, Paul Schulz, Pfandemfeldstr. 12, Franz Mohr, Berlin-Mittdorf, Albert Fischer, Görlitzer Ufer 1, A. Freude, 8. Kreis, Bernh. Schneider, Urbanstr. 67, Mehwald, Uhlenstr. 6, Georg Strelow, Bernauerstr. 7/8, Carl Köhn, Siboldstr. 1, Wilhelm Ostalt, 5. Kreis, Otto Schulz, 4. Kreis (Osten), G. Rittenberg, 6. Kreis, P. Michaels, 6. Kreis, Wilhelm Seelig, 6. Kreis, D. Ludwig, 6. Kreis, L. Joachimsthal, 6. Kreis, G. Straube, 3. Kreis, W. Kubil (Schöneberg), A. Dertel, 3. Kreis, Hugo Müller, 8. Kreis, S. Busse, 5. Kreis, Julius Jacobsohn, 5. Kreis, August Weyer, 3. Kreis, Franz Stude, 4. Kreis, Paul Marggraf, 5. Kreis, Emil Kötke, 4. Kreis (SO), Otto Wiefel, 6. Kreis, Verthold Streiner, 5. Kreis, Aug. Kleege, 2. Kreis, W. Köhn, 6. Kreis, G. Anel, 5. Kreis. (Personal der Orts-Krankenkasse der Kaufleute.)

Wir veröffentlichen diese Zuschrift um so lieber, als ihre Absicht sich ganz mit unsrer Meinung deckt. Proteste dieser Art von einzelnen Parteigenossen sind uns im Laufe der letzten Wochen fast täglich zugegangen. Leider sind wir außer stande, die unliebamen Auseinandersetzungen zu verhindern.

Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Unter diesem Titel beginnt unser Parteiverlag, Buchhandlung Vorwärts, ein neues Unternehmen, dem wir den besten Erfolg wünschen.

Zur Einführung veröffentlicht der Verlag folgenden Prospekt: Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besizende.

Die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek will dieses Interesse unter den Arbeitern wecken, Aberglauben und Vorurteile insbesondere auf dem Gebiet der persönlichen Gesundheitspflege beseitigen und Erkenntnis und Verständnis der modernen Hygiene fördern.

In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse sollen in loser Aufeinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von erfahrenen Ärzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes bildet.

Heft I behandelt die erste Hilfe bei Unglücksfällen und dürfte insbesondere für die Mitglieder unsrer Arbeiter-Samaritaner-Vereine unentbehrlich sein.

Heft II bringt die Hygiene des Säuglings und sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Heft III handelt von der Hygiene der Nerven und enthält für unsre haltende, nervenzerstörende Zeit beherzigenswerte Winke.

Finden diese Hefte genügende Beachtung und thätigste Unterstützung seitens der Parteigenossen, so sind des weiteren die Hygiene der Schulzeit und der geschlechtlichen Entwicklung, die gesundheitlichen Gesichtspunkte bei der Berufswahl des Arbeiters, die Fragen des Geschlechtsverkehrs und die Verhütung der Geschlechtskrankheiten, die Ernährung und die Alkoholfrage, die Hygiene der Arbeit, die Gewerbekrankheiten, die Verhütung der Arbeitszeit vom Standpunkt der Gesundheitspflege usw. usw. in Aussicht genommen.

Der Verlag glaubt mit dieser Bibliothek eine Lücke in unsrer Litteratur auszufüllen und bittet um recht ege Unterstützung der Parteigenossen. Ramentlich machen wir auch die Krankenkassen auf die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek aufmerksam, deren Aufgabe es ist, ihre Mitglieder vor Krankheiten zu schützen und die deshalb in hervorragendem Maße an der Erkenntnis der Krankheitsverhütung interessiert sind.

Das erste Heft behandelt: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Theißler. In allgemein-verständlicher Form erzieht der

Verfasser Lehrreiche Unterweisungen für die Behandlung Verunglückter, die durch 9 Illustrationen anschaulich gemacht werden.

Der Preis für das erste Heft beträgt 20 Pfennige.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Einen „Sirettschen“ hat eines wirklich verantwortlichen Redakteurs sollte die polnisch-socialistische „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz in der Person des Schlossers Paul Piontel ange stellt haben.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Electricitätswerke. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung wurde seitens des Vorstandes Bericht über das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres erstattet.

Bergwertgesellschaft Hibernia, Serne. In der heute in Berlin stattgehabten Aufsichtsrats-Sitzung wurde über das Geschäft des laufenden Jahres mitgeteilt, daß sich die Kohlenförderung in den ersten 9 Monaten (Januar bis September) auf 2 599 612 Tonnen gegenüber einer solchen von 2 292 065 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres stellte.

In dem Plan der Gründung eines großen belgischen Glaswerks wird der „Nidn. Jig.“ aus Charleroi geschrieben, daß der Entschluß der belgischen Glaswerkbesitzer dem vor zwei Jahren von einer amerikanischen Gruppe gemachten Vorschläge entsprungen sei, gegen eine Pauschalsumme alle belgischen Glaswerke zu übernehmen und den Belgieren eine Beteiligung an dem neuen Unternehmen zu gestatten.

In manchen industriellen Kreisen wird übrigens jetzt davor gewarnt, auf diesen Trübsplan zu große Hoffnungen zu gründen, denn nach wie vor würden die Verkaufspreise von dem deutschen, französischen, italienischen, englischen und amerikanischen Wettbewerb beeinflusst werden.

Amerikanisches Eisen in England. Die amerikanische Fachzeitschrift „Iron Age“ meldete bereits in ihrer letzten Uebersicht über den amerikanischen Eisenmarkt, daß 100 000 Tonnen Roheisen nach England verkauft worden seien.

Englische Landwirtschaft. Nach der vorläufigen amtlichen Statistik über die Landwirtschaft Großbritanniens waren im Jahre 1903 (unter gleichzeitiger Angabe der Jiffern für 1902 in Klammern) von dem gesamten 56 786 741 Acres betragenden Areal des Reichs 32 348 480 (32 387 959) Acres kultiviert, einschließlich der zeitweilig und permanent mit Gras bedeckten Flächen, ohne Berücksichtigung der Gebirge und Heiden.

Abgesehen vom Brachland, das im Vorjahre sich erheblich vermindert hatte, dessen Areal aber jetzt wieder gestiegen ist und über den Umfang des Jahres 1901 hinausging, haben nur die Anbauflächen von Gaser und Gras und in geringer Ausdehnung die von Beerenobst eine Zunahme erfahren.

Sociales.

Der Fortbildungsschulbesuch auswärtiger Lehrlinge.

Das Ortsstatut der Stadt Ruhrort über die städtische kaufmännische Fortbildungsschule bestimmt, daß alle in Ruhrort beschäftigten Kaufmannslehrlinge dort den Fortbildungsunterricht besuchen müssen.

wegen Uebertretung des Ruhrorter Ortsstatuts und des § 120 der Gewerbe-Ordnung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Jetzt hat das Kammergericht die Revision Kay verurteilt, indem es seinen früheren Standpunkt ausdrücklich aufgab. Unter anderem führte es an: Der § 120 der Gewerbe-Ordnung lasse es zu, durch Ortsstatut zu bestimmen, daß Lehrlinge, die am Orte beschäftigt sind, dort den Fortbildungsunterricht zu besuchen haben, auch wenn sie anderwärts wohnen.

Der Stand der Bummkrankheit.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine Uebersicht über den Stand der Bummkrankheit im Dortmunder Bezirk.

Table with 4 columns: Name des Bergbauers, Durchschnittliche unterirdische Belegschaft (II. Quartal), Zahl der Bummkranken (einschl. Bummbehafteten) absolut, in % der unterirdischen Belegschaft.

Es wird dazu noch mitgeteilt, daß die Krankenbehandlung in der Verminderung der Zahl der Fälle herbeigeführt hat, z. B. in 87 Schachtanlagen von 7783 auf 4049.

In Oberschlesien sind bis jetzt im ganzen 10 Fälle festgestellt worden. Die als Maßregel zur Bekämpfung der Bummkrankheit angeordnete Einstellung der Veriefelung der Schächte hat noch keine Erfolge gehabt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, sechster Wahlkreis (Roabit)! Heute abend findet in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26, eine Volksversammlung statt.

In die Kommunalwähler der dritten Abteilung in Schöneberg.

Am Freitag, den 6. November, finden die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht der Bezirke und deren Kandidaten bekannt und hoffen, daß alle Wähler ihre Pflicht thun werden.

2. Bezirk: Aischaffenerstraße, Barbarossastraße, Barbarossa-platz, Vertheilgadenstraße, Eisenerstraße, 9-41 und 83-113, Frankfurterstraße, Habsburgerstraße, Heilbronnerstraße, Hofenstaufenstraße, Knyffhäuserstraße, Landshuterstraße, Lindauerstraße, Pottsdorferstraße, Martin Lutherstr. 1-31 und 63-89, Münchenerstraße, Pallasstraße 21-23, Rosenheimerstraße, Schwabingerstraße, Speyererstraße, Starnbergerstraße, Traunseimerstraße.

3. Bezirk: Magisterstraße, Apostel Paulusstraße, Eisenerstraße 42-82, Gothaerstraße, Grunewaldstr. 17-105, Klitzstraße, Martin Lutherstr. 32-62, Reimingerstraße, Merseburgerstraße, Vorkriegstraße, Wartburgplatz, Wartburgstraße.

4. Bezirk: Cheruskerstraße, General Pappestraße, Gothenstraße, Königsberg, Leuthenstraße, Hofbadstraße, Sedanstraße, Torgauerstraße.

5. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

6. Bezirk: Cheruskerstraße, General Pappestraße, Gothenstraße, Königsberg, Leuthenstraße, Hofbadstraße, Sedanstraße, Torgauerstraße.

7. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

8. Bezirk: Cheruskerstraße, General Pappestraße, Gothenstraße, Königsberg, Leuthenstraße, Hofbadstraße, Sedanstraße, Torgauerstraße.

9. Bezirk: Cheruskerstraße, General Pappestraße, Gothenstraße, Königsberg, Leuthenstraße, Hofbadstraße, Sedanstraße, Torgauerstraße.

10. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

11. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

12. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

13. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

14. Bezirk: Brunhildstraße, Colonnenstraße, Gehlerstraße, Hohensriedbergstraße, Kriemhildstraße, Monumentenstraße, Siegfriedstraße, Straße 20a.

Charlottenburg. Das socialdemokratische Wahlbureau für die Landtagswahlen befindet sich im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstraße 3, eine öffentliche Volksversammlung statt.

Borsigwalde. Donnerstagsabend findet bei Waage eine öffentliche Versammlung statt.

Köpenick. Am Freitag, den 6. November, abends 1/9 Uhr, findet im Bernhardschen Lokal, Priesterstraße, eine öffentliche Landtagswähler-Versammlung statt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Bezirks Berlin. Mittwochsabend 9 Uhr in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20, Versammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mittwoch, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Feuerhofs Feilsälen, Alte Jakobstraße 75: Vortrag des Hrn. Dr. Agnes Haeder über: Alkohol und Arbeiterschaft. Diskussion. Gruppen-Angelegenheiten. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Werder. Unter der Anlage, sein Geschäft am 4. Juli vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben, stand dieser Tage der Kaufmann Oskar Goss aus Werder vor dem Schwurgericht in Potsdam.

Strassenbahn - Zusammenstoß. Aus Wien, 2. November wird gemeldet: Heute nachmittags fuhr in der Simmeringer Hauptstraße ein Motorwagen der elektrischen Strassenbahn hinten in einen vor ihm fahrenden aus drei Wagen bestehenden Strassenbahnzug.

Schiffskatastrophe. Der Londoner „Morning Leader“ meldet aus Lissabon: Der Dampfer „Duisburg“ der Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft Argo ist im Rebel in der Nähe von Lissabon gescheitert.

Die Feuerbrunst in New York. Ueber die Brandkatastrophe in der 11. Avenue zu New York, bei der, wie schon mitgeteilt, so viele Menschen ihr Leben einbüßten, liegen nun nähere Meldungen vor.

Erdbeben in Persien. Wie die „Daily Mail“ aus Simla meldet, zerstörte ein Erdbeben die Stadt Turich in Persien. 350 Personen sollen das Leben eingebüßt haben.

Wartypreise von Berlin am 2. November 1903 nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

Table with 4 columns: Getreideart, Preis, Fleisch, Preis.

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 3. November 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter.

Wetter-Prognose für Mittwochs, den 4. November 1903. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und neblig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage von J. S. B. Dieck Nachf. ist soeben in zweiter, verbesselter Auflage erschienen:

Die Geschichte der deutschen Socialdemokratie von Franz Mehring. Erster Band: Bis zur Märzrevolution. — Zweiter Band: Bis zum preussischen Verfassungskampfe. — Dritter Band: Bis zum deutsch-französischen Krieg. — Vierter Band: Bis zum Erfurter Programm. Die neue Ausgabe ist in handlichem Format und auf hochwertigem Papier gedruckt.

v. Kretschmann. Kriegsbriefe aus den Jahren 1870-71. Herausgegeben von Ullrich Braun, geb. v. Kretschmann. Verlag von Georg Reimer. Berlin. Preis broschiert 7 M., gebunden 9 M.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Nr. 73. 1. Wenn Sie 100 Marken gefickt hat, ja 2 Ja. Wenden Sie sich an die Invaliditätsanstalt. - 3. 25. Sie können lediglich den Beschwerdeweg (Landgericht, Kammergericht) verfolgen. - 6. 200. Die Firma ist nicht verpflichtet, auf einen Vergleich...

Patenzahlungen oder dergleichen einzugehen. Lebt sie einen Vergleich ab, so kann sie in vollem Umfang klagen werden. - 23. R. 102. Am Tage der Kontrollverammlung haben Sie das Recht socialdemokratisch zu wählen. Eine andere Auslegung des bekannten Corpsbefehls verstiehe gegen das Gesetz und enthalte eine schwere Beleidigung des Erlasses des Corpsbefehls. - 23. 3. 99. Sold ist in und nicht bekannt. Weshalb werden Sie sich an den Regierungspräsidenten. - Schauerhammer. Leben Sie dem Wert eine Zeit, bis zu deren Ablauf die lästigen Mitbewohner befristet sein sollen, drohen Sie eventuell auf seine Kosten einen Kammerjäger in Anspruch nehmen zu wollen und führen Sie Ihre Dohuna aus. - 2. Wir werden in nächster Zeit die Sache behandeln. - P. L. Wedding. 1. Ja. 2. Es liegt Verjährung vor. - 3. 6. 5. 1. Unverhändlich; legen Sie die Sachlage selbst, und nicht allgemein, dar. 2. Das er will. 3. Ja. - 23. 2. Nr. 74. Rein. - 23. 2. 100. Wenn der Name geschützt ist: ja, sonst: nein. - 61. 333. § 616 B. G. B. ist maßgebend. Handelt es sich um verhältnismäßig kurze Zeit, ist Ihnen...

das Gehalt, abhängig des Kontenstands, zu zahlen, sonst nicht. - 2222. 6. 23. Nr. 6. 99. Ja. - Glms, Coppenid. 1. und 3. Das ist möglich. Legen Sie dar, was Sie einnehmen, wofür, auf Grund welcher Beschäftigung, welchen Beschlusses oder was sonst. 2. Ja. - 2. 23. 88. Der zweifels Erhaltung der Leistung des Ehrenamtsbesides Verhältnisse kann sofortige Entlassung begehren und ist nach der Entlassung zu entscheiden. - 6. 23. 71a. Sie müssen Ihre Verbindlichkeiten dem Standesbeamten karlegen und zuvor sich das betreffende Urteil holen lassen. Dann den Wortlaut des Urteils zu kennen, läßt sich Ihre Frage, ob Sie wieder heiraten können, nicht beantworten. Doppelhebe (Hamm) ist mit Justizhausstrafe bedroht. - Genossen. 1. Nach zurückgekehrter Ansicht ja. 2. u. 4. Der Unterschied zwischen den drei Wählerklassen und die Frage, wer wahlberechtigt ist, ist so oft von uns in Wahlverleihen und Wahlrecht dargestellt, daß mir eine Wiederholung ablehnen und Sie erühen müssen, die Veranlassungen Ihres Wahlrechts zu befragen oder sich die Landtagswahl-Broschüre durchzulesen. - 3. In adlig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 4. November. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die weiße Dame. Schauspielhaus. Am bunten Rod Deutsches. Hofe Bernd. Berliner. Gräfin Lea. Fessing. Kapellmeister. Weisen. Der Zigeunerbaron. Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Residenz. Das große Geheimnis. Central. Bruder Stranbinger. Thalia. Der Hochtourist. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater). Der Bibliothekar. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt). Was ihr wollt.

Belle-Alliance. In Vertretung. Kleines. Nachspiel. Zuffen. Der Allienbinder. Carl Weis. Amor in Wicks. Trianon. Biscotte. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten. Metropol. Durchlaucht Radieschen! Casino. Berliner Nachspiel. Hotel Klingebusch. Winter-Garten. Spezialitäten. Walfage-Theater. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Palast. Das Liebesparadies. - Spezialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.

Residenz-Theater

Direktion E. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Das grosse Geheimnis.

Kuhspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff. Deutsch von Max Schönan. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Ueberkassastrasse. Anfang 8 Uhr.

Biscotte.

Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Heute Mittwoch: Zum 5. Male: Durchlaucht Radieschen! Burleske Ausstattungsspeise mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Schiffsbauerdamm 4a-5. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Salome.

Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr.

Der Aktienbudiker.

Donnerstag: Der Starrer von Strahfeld.

Deutsch-Amerikanisches Theater

67/68 Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anfang 8 Uhr: Schauspiel Adolf Philipp. Ueber'n großen Teich. Deitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.

Casino-Theater.

Lothringerg. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2. 8 Uhr: Berl. Nachtsytl. 8 1/2 Uhr: Verch-Wolf. Wagnerspiel Kapil. Kartens.

Kleines Theater.

Unter den Linden 41. Anfang 8 Uhr. Morgen: Elektra.

Belle-Alliance-Theater.

Stürmischer Heiterkeitserfolg! In Vertretung. Ein Soldatenschwanz in 3 Akten von Selig Gordon. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: In Vertretung. Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Strasse 132. Amor in Wicks. Anfang 8 Uhr. Morgen: Amor in Wicks. Sonntagnachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntagnachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Freitag zum erstenmal: Die kleine Braune. Operette in 3 Akten von P. Woosely.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 163. Indüner-Riese. Nianko Karoo. Die zusammengewachsenen Lebend-Schwester! Lebend. Baren-Riese. Andries Venter. ehemal. Leibsoldat des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.

Residenz-Theater

Direktion E. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Das grosse Geheimnis.

Kuhspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff. Deutsch von Max Schönan. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Ueberkassastrasse. Anfang 8 Uhr.

Biscotte.

Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Heute Mittwoch: Zum 5. Male: Durchlaucht Radieschen! Burleske Ausstattungsspeise mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Schiffsbauerdamm 4a-5. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Salome.

Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr.

Der Aktienbudiker.

Donnerstag: Der Starrer von Strahfeld.

Deutsch-Amerikanisches Theater

67/68 Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anfang 8 Uhr: Schauspiel Adolf Philipp. Ueber'n großen Teich. Deitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.

Casino-Theater.

Lothringerg. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2. 8 Uhr: Berl. Nachtsytl. 8 1/2 Uhr: Verch-Wolf. Wagnerspiel Kapil. Kartens.

Kleines Theater.

Unter den Linden 41. Anfang 8 Uhr. Morgen: Elektra.

Belle-Alliance-Theater.

Stürmischer Heiterkeitserfolg! In Vertretung. Ein Soldatenschwanz in 3 Akten von Selig Gordon. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: In Vertretung. Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Strasse 132. Amor in Wicks. Anfang 8 Uhr. Morgen: Amor in Wicks. Sonntagnachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntagnachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Freitag zum erstenmal: Die kleine Braune. Operette in 3 Akten von P. Woosely.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch abends 8 Uhr: Der Bibliothekar. Schwan in 4 Akten von G. v. Moser. Donnerstag abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Freitag abends 8 Uhr: Liebelel. Hieronim: Litteratur.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtliches Theater). Mittwoch abends 8 Uhr: Was ihr wollt. Lustspiel in 5 Akten v. B. Schatepeare. Donnerstag abends 8 Uhr: Liebelel. Hieronim: Litteratur. Freitag abends 8 Uhr: Der Tallman.

Cirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr: Neu! Das Neueste vom Neuen! Neu! Demonstration der Darwinischen Theorie: August, der milchige Affe. Der preisgekrönte Her Zug und die leuchtenden Spiegelterrassen. Spanische Schule geritten von der jugendlichen Schulreiterin Fräulein Dora Schumann. Die ersten dreifachen Eis- u. Krugentären des Herrn List.

Fröhels Allertei-Theater

fr. Pahlmanns Vaudeville-Theater. Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Jeden Mittwoch 8 Uhr: Grosse Elite-Vorstellung: Norddeutsche Sänger und Ball. Entree 30 Pf. Sperrig 50 Pf. Jeden Freitag: Galtspiel. Berliner Volks-Theater. Jeden Sonntag 5 Uhr: Grosse Extra-Vorstellung der Norddeutschen Sänger. Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: Grosser Ball.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Wilhelm Tell. Wilhelm Tell: Heinrich Felici a. G. Arnold von Melchthal: Dr. Rob. Dill. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extra-Elite-Vorstellung. Bernhard Rose-Theater. Schudbrunnen, Bahstrasse 38. Mittwoch, den 4. November 1903: Die Räuber. Schauspiel in 5 Aufzügen v. Schiller. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22. Novität! Sensations-Erfolg. Das Liebesparadies. Trip-Burleske mit Gesang in 3 Akten von H. Gerde. Das * * * * * ideale * * * * * November- * * * * * Programm. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Damen-Mäntel! Gelegenheitskäufe!

Nach einzeln an Privat im Engros-Geschäft Alexandrinerstr. 36 II.

Max Kliems Fest-Säle

Hasenheide 11-13. 29292* Jeden Mittwoch im neuen Saale: Grosses Militär-Konzert. Jeden Sonntag in allen Sälen: Grosser Ball Max Kliem. Mariannen-Festsäle. Säle zu 50, 80 und 200 Personen, hochdelegant eingerichtet, sind noch Sonnabende und Sonntage im November, Dezember, Januar, Februar und März frei. Alex Mayer, Mariannen-lfer 2. 30412*

Mittwoch, den 4. Nov. cr., abends 8 1/2 Uhr, in Gebr. Cranz' Festsälen, BERLIN N., Köslinerstr. 8 (früher „Kösliner Hof“): Großer Vortrag für Männer und Frauen über Zungen = Schwindjucht. Entree, Beköstigung u. Heizung des Kochischen Tuberkulins und des Bedringischen Schwindjucht-Verfahrens. Sehr interessant für jedermann! Entree 30 Pf.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr: Miss Claire Heliot, Löwenbraut. Paul Müllners Schloifenfahrt u. Todessprung. Ritter v. Renroff, reiter. Mademoiselle de Holstein, Schulführerin. Die unübertrefflichen Clowns, vier Gebrüder Fratellini. Berliner Winterfreunden humorist. Kanee-Schauspiel.

Sanssouei.

Kettbühner Thor - Stal. der Hochbahn. Jeden Sonntag, Montag u. Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Scene: Tanzkränzchen. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich: Das glänz. November-Programm mit Fritz Steidl. Des kolossalen Erfolges wegen noch einige Tage: August auf Urlaub. Nach der Vorstellung: Witte, Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Steidl-Sänger

Untertrage. Drauenburger Thor. Friedrichstr. Neues Programm! Zum Schluss: Urkomisch! Der Novität! grosse Cohn! Ullrichste a. d. Eingelungelleben von Fritz Steidl. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. (Vors. 40 Pf.) Loge 1 Pf.

Germania-Prachtsäle

Chausseest. 100a. Arnold Scholz. Jeden Mittwoch: Steidl-Sänger (Steidl, Wald) Hamburger Sängers.

WINTERGARTEN

Neues Programm: Saharel australische Tänzerin. Emil Sondermann Humorist vom Central-Theater Berlin. Lucie Krall Bravoursängerin. Ida Feller in ihrer elektr. Sensat. „Feuer und Wind“. Urbani u. Sohn Gymnastiker. Lamborg Klavierhumorist. The great Goldin Illusionist. Les Agout's Humorist Jongleure. Hadj Abdullah Arab. Gymnastiker. Egger Rioser Tyrol. Gesangstruppe. O. K. Sato Komischer Jongleur. „Pariser Luft“ Ballet. Der Biograph.

Kronleuchter-Fabrik

für Gas, Petroleum u. elektrisch Licht 28/18* Siegel & Co., Berlin, Prinzenstr. 33. Grösste Auswahl. Verkauf z. Fabrikpreis. an Private. Musterbuch franko. Schirms Restaurant, Bahstrasse 19. Säle und Vereinszimmer für Versammlungen u. Festlichkeiten sind noch zu vergeben. Auch einige Sonntagabende sind noch frei. 29666

Kredit. Monatlich

10 Mark - liefert Kusänge Paletots nach Maß. Per Kasse auch billige Preise. Schneiderstr. J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Kostime, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. Hochbahnhof Schlesiendes Thor. Reste von Kammgarn. Tuche, Seide etc. Zuschneid gratis!

Gesellschaftshaus,

Swinemünderstr. 42. Empfehle meine eleganten Festhale für 100-800 Personen zu Versammlungen und Festlichkeiten aller Art. Elektrische Beleuchtung. 30045* Paul Reinhardt.

Dr. Simmel, Str. 41.

Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

DAMEN

die viel Geld sparen wollen, können ihre Paletots, Jacketts, Kostime und Röcke im Engros-Geschäft von A. Schwarz, Wassmannstr. 1, Ecke Landbergstr., 1. Etage, beziehen.

Herren u. Damen

Garderobe, bessere Damen-Jacketts auf Lager, elegante Ausführung, geringe Teilzahl. J. Kurzberg, NeueKönigstr. 47. direkt am Alexanderplatz.

Wurm's MAGENDOCTOR

ist das Beste für den Magen

Verhand der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Bezirk Charlottenburg. Todesanzeige. Am Sonntag, den 1. November, verstarb nach einjährigem Leiden unser treuer Kollege Willy Junger.

Willy Junger.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Straßhofes, Charlottenburg, Järlingstrasse 72, aus statt. Um rege Beteiligung erucht. 29686

Am 2. November verstarb mein lieber Mann, der Metallarbeiter Otto Grammes.

Die Beerdigung erfolgt am 5. November 1/2 Uhr vom Trauerhause, Niddor, Berlinstr. 24/25, auf dem Hildorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg, 29686 Emma Grammes geb. Ribenstein.

Am Sonntag, den 1. November 1903, starb nach langem schmerzlichen Leiden unser langjähriger Kollege Heinrich Frehse.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November cr., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jacobi-Straßhofes, Hermannstrasse, aus statt. 29686 Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maler. J. A. Max Buchholz.

Verhand d. Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.

Bezirk Berlin-Brandenburg. Am 1. d. Mts. verstarb unser Kollege Heinrich Frehse, Kassierer bei der Orts-Krankenkasse der Maler. Ueber seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jacobi-Straßhofes, Niddor, Hermannstrasse, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. 29120 Der Vorstand.

Danksagung.

29609 Für die vielfältige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir unseren herzlichsten Dank. Blume Agnes Pruss und Sohn.

Stoppdecken

Sauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wollstrasse 72, wo auch alle Stoppdecken aufbewahrt werden. G. Strohmayer, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Billigste Bezugsquelle für Echte Perser Teppiche

und handgeknüpfte Smyrna, indische u. türkische Fabrikate. Teppich-Specialhaus Emil Lefevre, Oranienstr. 158, Berlin S. Pracht-Katalog mit 600 Abbildungen gratis u. franco.

Künstl. Zähne, tadellose Ausführung

von 30 an, Bomben von 200 an. Max Guckel, Lausitzer Platz 2. Vorgeselger dieses erhält: 4 Pf. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 Pf. unter 20 Pf. 2 Pf. 29612* Teilzahlung gestattet.

Der Kampf ums Majorat.

Siebenter Tag.

In der heutigen Sitzung werden zunächst einige Postbeamte über die beiden Telegramme vernommen, welche die Gräfin Skiwleda vor der angeblichen Geburt des Knaben von Berlin nach Bronke zum Sanitätsrat Dr. Kosinski geschickt hat.

Zuletzt teilt mit, daß die Verteidigung die Ladung einer Frau Wischewska in Warschau für dringend erforderlich halte. Sie solle bekräftigen, daß sie die Hebamme Cwell, die seiner Zeit bei der Entbindung der Gräfin thätig war, als eine zuverlässige Person gekannt und selbst zur Mitnahme nach Berlin empfohlen habe.

Der Sachverständige Prof. Dr. Duerksen äußert sich hierauf auf Eruchen des Vorsitzenden über die gestern angeregte Frage, ob die Portierfrau Wiedermann, die gestern über die Handzeichnungen vernommen worden ist, welche sie nach der Entbindung im Zimmer der Gräfin geleistet hat, einer Täuschung unterworfen sein könnte.

die Hauptbelastungszeugen

Hedwig Andruszewski aus Posen vorgerufen. Sie ist 42 Jahre alt und versteht die Russisch, so daß ihre Aussage durch den Dolmetscher Regierungsrat Brandt übertragen werden muß.

einen Knaben mit schwarzen Augen

zu befragen. Ich weiß selbst, daß dann meine Mutter wirklich nach Krakau gefahren ist, sie hat es mir bei ihrer Abreise selbst gesagt. Vor der Abreise hat zwischen der Mutter, der Gräfin und dem Grafen eine Unterredung auf dem Schlosse stattgefunden.

Bei der weiteren Vernehmung der Zeugin erklärt der Dolmetscher Regierungsrat Brandt, daß die Erzählung der Zeugin, die sie auf Eruchen der Verteidigung im Zusammenhang geben muß, etwas konfuse ist, so daß er Satz für Satz übertragen muß.

Die Erzählung der Zeugin ist nicht so zusammenhängend, wie sie hier wiedergegeben, es bedarf vielmehr immer wieder des Eingreifens des Dolmetschers.

„Wenn Du erzählst, daß das Kind nicht das meine ist, mach' ich Dich zu einer Irrenhölle!“ Da ist dann die Chwiattowska herangeritten und hat gemeint: „Das wird die Hedwig nicht sagen, denn nicht muß sie ihre Mutter

verraten.“ Ich habe aber geantwortet: Ich werde schon das Richtige sagen! — Präsi.: Was hat Ihnen denn Ihre Mutter gesagt, als sie Ihnen das Geheimnis anvertraute? — Zeugin: Meine Mutter hat mir auf dem Sterbetebe gesagt: sie würde keine Ruhe im Grabe haben. Ich habe also nur den Willen meiner Mutter erfüllt.

Die angeklagte Gräfin erklärt auf Vorhalt hierzu, daß sie ein Zeugnis gegeben habe, wie die Hedwig es verdiente. Sie habe sie keineswegs schlecht behandelt oder sie übermäßig ausgeschimpft, sondern immer nur bedauert.

Es werden hierauf zwei Briefe verlesen, die die Hedwig an ihren Bruder und die Schwägerin geschrieben. Sie beklagt sich darin über die schlechte Behandlung durch die Gräfin, die sie geradezu bedrohe.

Rechtsanwalt v. Nischowski legt einen andern Brief der Zeugin vor, in welchem sie sich im Gegenteil dahin ausdrückt, daß sie ganz gut behandelt werde. — Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt die Zeugin hierzu: In Warschau sei eine neue Wirtin aufgenommen worden, so daß für sie kein Platz mehr war.

Nach der Pause wird das Schriftstück verlesen, welches der Bruder der Hedwig nach deren Angaben über das Geheimnis aufgesetzt hat. Es heißt darin u. a.: Ihre Mutter Andruszewski habe ihr eines Tages, als sie vom Schlosse kam, mitgeteilt, die Gräfin sei gar nicht in andern Umständen; ihre Dienerinnen, die Anoska und Chwiattowska, hätten sich ihr gegenüber wegen der vielen Arbeit beklagt, sie müßten die Gräfin durch Wädeln mit Lächeln immer so auspolstern und ihr

Schrotpolster zu beiden Seiten des Leibes hängen, daß sie wie eine Schwangere aussehe und auch den schleppenden, schwerfälligen Gang einer solchen habe. — Es wird dann in dem Schriftstück von den beiden Fahrten der alten Andruszewski nach Krakau und der Auswahl des Kindes, von der Fahrt nach Berlin und der Empfangnahme des Kindes durch die Anoska und Chwiattowska in der bekanntesten Weise berichtet und auch hervorgehoben, daß vor der Abreise der Gräfin nach Berlin auf deren Weisung zwei Schweine geschlachtet werden mußten; Wurst habe man aber nicht gemacht, dem das Blut der Schweine sei in Flaschen aufgefassen und nach dem Schlosse gebracht worden.

wann die Gräfin in ihrem angeblichen Wochendecke zu schreiben anfangen

würde und der Mutter sei dringend empfohlen, dafür zu sorgen, daß in dieser Zeit auch das Kind zur Stelle sein müsse. Die Mutter habe ihr auch erzählt, daß die Hebamme sie bis zur Grenze begleitet habe. — Ein Geschworener will wissen, ob die Mutter früher schon einmal in Krakau gewesen sei oder ob sie zu dieser schwierigen und verwidelten Mission aufs Geratewohl nach Krakau gefahren und ob sie die Hebamme schon vorher gekannt habe.

Die Zeugin bestätigt weiter eine Frage des Vorsitzenden dahin, daß die Gräfin ihr gesagt habe: wenn sie zum Grafen Skiwleda nach Anwilisch gehe und diesem von dem Knaben erzähle, dann würde sie sich und dem Kinde das Leben nehmen.

Warum hat sie das getan? Sie selbst hatte doch keine Sünde begangen. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Fällt es nicht

die Zeugin für die Pflicht eines Katholiken, alles, was man auf dem Herzen hat und was einen bedrückt, also auch ein Geheimnis, dem Beichtvater zu sagen? — Zeugin: Ja. — Rechtsanwalt Chodziesner: Warum beichtet sie dem bei einem fremden Geistlichen, den sie nicht einmal dem Namen nach kennt, und nicht bei ihrem Parochialgeistlichen, bei ihrem eignen Geistlichen? — Zeugin: Ich habe doch keinen eignen Geistlichen. — Verteidiger: Hat die Zeugin auch zu Ostern beichtet? — Zeugin: Ja, zu Ostern habe ich beichtet, ich habe darüber einen Zettel vom Geistlichen. — Die Zeugin giebt nun von dem Aufenthalt ihrer Mutter in Krakau folgende Darstellung: Bei ihrer Ankunft in Krakau habe die Mutter abends ein großes Hotel aufgesucht und sei am andern Morgen zunächst nach der Marienkirche gegangen.

Die Zeugin giebt wiederholt auf die einfachsten Fragen keine Antwort, was einen Sachverständigen veranlaßt, mit ihr ein kleines Examen anzustellen. Er fragt, wo die Zeugin wohne, wieviel Einwohner Posen habe, zu welcher Provinz die Stadt gehöre usw. Diese Dinge sind aber der Zeugin böhmische Dörfer. Sie weiß wohl, daß der Kaiser Wilhelm heißt, weiß aber nicht, wieviel er mal 8 ist. — Ein Geschworener: Ist Zeugin zugegen gewesen, als das Schweineblut in die Flaschen gefüllt wurde? — Zeugin: Ja! — Geschworener: War es reines oder mit Essig vermishtes Blut? — Zeugin: Das weiß ich nicht! — Nachdem dann noch eine Reihe von Fragen an die Zeugin gerichtet sind, wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Lokales.

Endlich wieder „normale“ Verhältnisse!

Ueber das städtische Obdach wird jetzt von der Verwaltung der Jahresbericht für 1902/1903 erstattet. Danach hat die Familienabteilung eine weitere und bedeutende Frequenzverminderung, die Abteilung für nächtlich Obdachlose noch eine weitere, aber nicht mehr erhebliche Frequenzvermehrung gehabt.

Die Familienabteilung hat im Jahre 1902/1903 (in Klammern die Zahlen für 1901/1902) aufgenommen 1635 (2202) Familien mit 5610 (8143) Köpfen und außerdem 2235 (2175) Einzelpersonen und hat 106 661 (154 700) Verpflegungstage geleistet. Nach den außerordentlich hohen Frequenzen der drei vorhergehenden Jahre dürfte hiermit ungefähr wieder diejenige Frequenz erreicht sein, die in Berlin als die „normale“ gilt.

In der That hat sich der Berliner Wohnungsmarkt inzwischen wieder etwas günstiger für die Mieter kleiner Wohnungen gestaltet. Es darf hier jedoch nicht verschwiegen werden, daß der Rückgang der Obdachfrequenz bei weitem nicht so rasch gekommen und nicht so beträchtlich ausgefallen wäre, wenn man nicht von 1900 an bis in das Jahr 1903 hinein mit rücksichtsloser Strenge gegen die Invasoren des Obdachs vorgegangen wäre, um ihnen den Aufenthalt möglichst bald zu verleißen.

Auf die Abteilung für nächtlich Obdachlose darf die Obdachverwaltung vorläufig noch nicht mit demselben Stolz hinweisen. Diese Abteilung hat, wie erwähnt, noch eine weitere Zunahme ihrer obnedies in den letzten Jahren ins Ungeheure gestiegenen Frequenz gehabt. Im Jahre 1902/03 (bezw. 1901/02) hat sie 570 268 (562 858) Personen aufnehmen müssen.

Indes, wer sich durch diese Zahlen beunruhigt fühlt, der darf seine Sorgen beschwichtigen und getrost sein. Auch in der Abteilung für nächtlich Obdachlose wird die Schneidigkeit, mit der jetzt wieder „die Hausordnung gehandhabt“ wird, ihre Früchte tragen. Schon in vorigen Herbst und Winter war durch fleißiges „Verschieden“ von Obdachinsassen die Frequenzzunahme ziemlich zum Stillstand gebracht worden.

Krankenfürsorge und Magistrat.

Die Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser haben unsere Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung oftmals zur Sprache gebracht, und um die notwendige Abhilfe zu schaffen, hat die Krankenhäuser-Deputation für die Erweiterung des Kaiser Friedrich-Krankenhauses 850 000 M. bewilligt und weiter beschlossen, im Krankenhaus Moabit eine Station für Geschlechtskranke mit 120 Betten einzurichten.

Seit einer Reihe von Jahren macht sich, namentlich in den Wintermonaten, in den Krankenhäusern Berlins ein sehr großer Mangel an Betten für Geschlechtskranke heiderlei Geschlechts, am meisten freilich für männliche Kranke, geltend. Dieser Mangel macht sich um so mehr fühlbar, als in den letzten Jahren die Abteilung für Geschlechtskranke in der Charité ihre Bettenzahl infolge des Umbaus von etwa 400 auf 80 hat reduzieren müssen.

gefunden hatten, ohne ein Unterkommen erlangen zu können. In der gleichen Weise gaben mehrere Inhaber von Privatanklagen für Geschlechtskranke an, daß sie wegen Ueberfüllung zahlreiche Fälle von zum Teil Schwerkranken hatten abweisen müssen, von Kranken, die meist schon vorher ebenso vergeblich sich bei verschiedenen öffentlichen Krankenhäusern um Aufnahme bemüht hatten. Es kam daher ohne Uebertreibung gesagt werden, daß während der Monate Dezember, Januar und Februar während vieler Tage weder in den öffentlichen, noch in den privaten Heilanstalten Betten für Geschlechtskranke verfügbar waren. Erwidert wird hierbei noch der Umstand ins Gewicht, daß einerseits Kranke mit leichten Erscheinungen, als der Krankenhaus-Behandlung nicht bedürftig, von vornherein ganz ohne Rücksicht auf etwa noch vorhandene Betten abgewiesen werden, um wenigstens einen Teil derjenigen, welche absolut der Krankenhaus-Behandlung bedürftig sind, aufnehmen zu können, und daß andererseits von den Specialärzten und Polikliniken Berlin leichter Erkrankte mit Rücksicht auf die Aussichtlosigkeit gar nicht erst zur Aufnahme nach der Charité oder den anderen Krankenhäusern geschickt, sondern, so gut oder so schlecht es eben geht, ambulatorisch behandelt werden. Diese ambulatorische Behandlung der Geschlechtskrankheiten in ihrem frühen Stadium ist aber ein schwerer wiegender Uebelstand; er bedingt für den Erkrankten die Gefahr, daß sein Leiden durch nicht genügende Pflege verschleppt und chronisch und damit in schwerer heilbar wird, und er bedingt für die mit dem Erkrankten zusammen Lebenden und Arbeitenden die große Gefahr, daß sie von ihrem infektösen Wohnungs- und Arbeitsgenossen in der einen oder anderen Weise angesteckt werden. Und so wird diese unzureichende, weil nicht im Krankenhaus stattfindende Behandlung eine wichtige Ursache für die immer weitere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Man sollte denken, daß dieser gewichtigen Stimme auch im Magistrat Gehör gegeben wird und man dort einsieht, daß der jetzige Zustand unhaltbar und einer Stadt wie Berlin nicht würdig ist.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, abends 5 Uhr, u. a. mit folgenden Gegenständen der Tages-Ordnung zu befassen: Zwei Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Erweiterung des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenkrankenhauses und die Errichtung einer Station für Geschlechtskranke in dem Krankenhause Roabit. — Vorlagen, betreffend die erfolgte Bauabnahme des Umbaus des Gartenhauses auf dem Sparhafengrundstück Vinsstraße 7/8, — den Verkauf einer an der Hoffmannstraße in Treptow belegenen Parzelle, — die Verwendung einer zwischen Perleberger- und Luthowstraße belegenen städtischen Landfläche für Gemeindefriedhöfe, — das Urteil des königlichen Kammergerichts vom 13. März d. J. in Sachen der Stadtgemeinde Berlin wider die St. Markus Kirchengemeinde — und den speziellen Entwurf zur Erbauung zweier Desinfektionsstationen für die beiden Infektionsabteilungen der Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“ bei Biesdorf. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtsyndikus und eines besoldeten Stadtrats eingesetzten Ausschusses — Pensionierungs-, Anstellungs- und Unterhaltungsachen. — Berichterstattung, betreffend die Entlassung eines Abschlagsverordneten aus dem Amte vor Ablauf seiner Amtsperiode, — die Wahl von zwei Bürgerdeputierten für die Schuldeputation, sowie eines Taxators für die Pferde-Aushebungskommission Nr. 10 und der bürgerlichen Mitglieder und Stellvertreter der Erbschaftskommissionen Nr. 1, 2, 4 und 5.

Am Bahnhofs Gesundbrunnen wird der jetzt rasch fortschreitende Bau der „Millionenbrücke“, die über die Geleise der Ringbahn, der Nordbahn und der Stettiner Bahn hinweg die Zwinnminderstraße mit der Wellermannstraße verbinden soll, auf der Nordseite des Bahnhofs erhebliche Veränderungen zur Folge haben. In erster Linie wird die anschließende Straße der Wellermannstraße, die die Zufahrtstraße von Norden her bildet, endlich reguliert werden. Wegen der beträchtlichen Höhenlage der Brücke, wie sie durch die Lage der Bahngleise, namentlich der anliegenden Gütergleise notwendig geworden ist, muß nicht nur dieses Stück der Wellermannstraße, sondern das gesamte Gelände nördlich des Bahnhofs bedeutend aufgehöhrt werden. Die Aufhöhung wird nach an der Kreuzung der Wellermannstraße mit der dem Bahnhofs parallel laufenden Behmstraße, die bei dieser Gelegenheit gleichfalls reguliert werden wird, 4 1/2 Meter betragen. Sie ist aber, da die angrenzenden Grundstücke noch nicht bebaut sind, ohne Schwierigkeiten zu bewältigen.

Ein ausgekochter Junge. Aufsehen erregt die Verhaftung eines jungen Herrn v. C., die am Montag unter schwierigen Umständen vor sich ging. Diese Angelegenheit steht in losem Zusammenhang mit einer aus früherer Zeit bekannten.

Damals handelte es sich um einen jungen Garde-Offizier, der mit einem auch bei der Polizei bekannten Mädchen, namens Cristel, ein Verhältnis unterhielt, schließlich auf dieses und auf sich selbst sich, wobei er sich tötete, das Mädchen aber nur verwundete. Der diesmalige Held der Tragödie ist ein jüngerer Bruder des Offiziers und 21 Jahre alt. Er unterhielt früher ein Verhältnis mit einer Frauensperson aus der Steglitzerstraße. Vier Jahre hindurch gewährte diese ihm nicht bloß die Mittel zum Besuch der Technischen Hochschule, sondern auch zu einem recht flotten Leben. Er ist der Vater ihres Kindes und nahm von dem zweifelshaften Erwerb, dem sie nachging, etwa 20 000 M. und was sie nicht freiwillig gab, das wurde ihr abgenötigt. Vor kurzem lernte dieser junge Mann das frühere Verhältnis seines Bruders kennen, das nach der Genesung im Krankenhause Roabit den alten Beruf wieder aufgenommen hat. Er kam, sah, und sie siegte über ihre Lebensbuhlerin, so daß v. C. mit ihr — der Cristel — sogar eine Reise nach Holland unternahm. Da er aber von ihr nicht soviel beziehen konnte, wie er an Mitteln brauchte, so wandte er der ersten Liebe seine Dienste wieder zu. Bei dieser aber hatte sich die Eifersucht eingestellt, und sie wollte nichts mehr geben. Die Folge aber war, daß er ihr mit dem Revolver in der Hand drohte, er werde sie in der Wohnung erschießen, und dadurch in den Besitz von Geld kam. Das geängstigte und geärgerte Mädchen erstattete aber Anzeige gegen ihn, und gestern sollte er verhaftet werden, als er sich wieder bei der andren in der Marienstraße aufhielt. v. C. entfloß, die Polizei verfolgte ihn. Als in der Philippstraße andren Schutzmänner ihm entgegenkamen und er sich gefangen sah, gab er einen Schuß auf seinen Kopf aus einem Revolver ab. Er hatte sich aber nur einen Streifschuß beigebracht, wurde verbunden und nach dem Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Kurze Witterwochen waren dem früheren Beberarbeiter Paul Lehmann aus der Stallstraße verhängt, der sich erst am 22. Oktober verheiratete und mit seiner jungen Frau auf großen Fuße lebte. Er hatte viele Bekanntschaften in Einbrecherkreisen. Da er aber verheiratet ist, so konnte er sich bei den Einbrechern selbst nicht beteiligen. „Strüdenpaul“ nahm daher die „Sore“ an sich und setzte sie in seinem Geschäft wieder ab. Von festgenommenen Einbrechern erfuhr die Polizei wohl, daß „Strüdenpaul“ der Dieb war, doch wußte niemand den richtigen Namen und die Wohnung, und der Verbrechensname war der Polizei noch nicht bekannt. Beobachtungen ergaben nun, daß Lehmann mit einem Duzend Einbrecher in Wirtschaften der verschiedensten Stadtgegenden zusammentraf und Kaufgeschäfte betrieb. Die Wohnung wurde dadurch bald bekannt, und eine Hausdurchsuchung folgte bei dem bisher unbestraften Mann zum Erfassen und Entdecken der jungen Frau, die auf den gutgehenden Althandel stolz war. Man fand Herren- und Damenkleider von Gold und Silber mit den bezüglichen Ketten, eine mit dem Namen „Ernst Lehmann“, außerdem eine silberne Medaille aus der Schloßerei-Ausstellung von 1889, kurz, Sachen, die aus zehn Einbrüchen herrührten. „Strüdenpaul“ wurde daher aus seiner kurzen Ehe fort- und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Auf der Straße vergiftete sich der 32jährige uneheliche Söhner Georg Kobley aus der Buchholzerstr. 4. Seit acht Jahren lebte er in seinem Stübchen für sich allein und besorgte auch die häuslichen Geschäfte neben seiner Arbeit. Sein Geschäft trug wenig ein, er kam zurück und war auch des Einsiedlerlebens satt. Am Montagabend um 7 Uhr verließ er seine Wohnung und wurde eine Stunde später vor dem Hause Gleimstr. 19 betäubungslos aufgefunden. Neben ihm lag eine Flasche, aus der er eine giftige Flüssigkeit getrunken hatte. Während Schutzmänner und Arzt herbeigerufen wurden, verstarb er.

Im Circus Busch ereigneten sich Montagabend während der Vorstellung aufregende Vorfälle. Kurz nach Beginn der bekannten Dreiernummer der Hölz Helio entstand unter den Könen eine Wecherei, weil der eine von seinem Sitz herunterfiel, unglücklichweise auf einen andren Löwen, der das Übel nahm und zum Angriff überging. Mit Mühe nur konnten Hölz Helio und ihr Gehilfe die Tiere durch Schläge mit Eisenstangen so einschüchtern, daß sie in ihre Käfige flüchteten. — Später stürzte Paul Münder bei seiner Fahrt, kam aber zum Glück mit unbedeutenden Verletzungen davon.

Schweres Unheil richtete ein Schlächterfuhrwerk an. Der dem Schlächtermeister Friedrich Hermann in Rummelsburg gehörige Wagen ward zum Transport von Blumenstöpseln benutzt, die der Kutsher aus Treptow holte. Auf der Rückfahrt stieß das Fuhrwerk mit einem Geschäftsdreirad zusammen, das zertrümmert wurde, und der Kutsher stieg auf das Pferd los, um sich seiner Feststellung zu entziehen. Schon wenige Schritte weiter wurde ein Radfahrer über den Haufen gefahren, blieb aber unverletzt und nahm die Verfolgung des Wagens auf. Bald darauf erfolgte ein Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen; am Schließlichen Busch wurde ein Handwagen umgeworfen und an der Schließlichen Brücke geriet ein Mann, der das Pferd aufzubalten versuchte, unter die Räder des Schlächterwagens. Dann versuchte der Kutsher den ihn noch weiter verfolgenden Radler zum zweitenmal niederzufahren, aber vergeblich. Nun ging die wilde Jagd die Köpplerstraße entlang. Dem Kutsher flog die Mähre vom Kopf, die Blumenstöpsel stürzten um, der Wagen wurde nach rechts und links geschleudert; Schutzleute und Passanten, die den Verisch machten, das Pferd aufzubalten, erzielten von dem Kutsher Peitschenhiebe. An der Michaelskirchstraße wurde ein 12jähriger Knabe überfahren. Die tolle Fahrt ging die Köpplerstraße zu Ende durch die Inselstraße, Mühlendamm, Spandauer- und Königsstraße, bis es endlich an der Klosterstraße gelang, den Wagen aufzuhalten. Ein Schutzmännchen nahm auf dem Bod mit Flag, um das Fuhrwerk nach der Polizeiwache zu geleiten. Der Kutsher versuchte nun, das Pferd antreibend, den Beamten zu „entführen“. Der Schutzmännchen aber ergriff rasch die Zügel und brachte den Wagen zur Wache.

Die Verhaftung eines Studenten wegen mehrerer Diebstähle und Urkundenfälschung erregt in den Kreisen der Technischen Hochschule zu Charlottenburg peinliches Aufsehen. Seit etwa zwei Monaten sind wiederholt Diebstähle an der Kasse des Ausschusses der Studierenden ausgeführt, ohne daß der Thäter entdeckt werden konnte. Die Kasse, welche die Mittel zur Bestreitung der laufenden Ausgaben enthält, wird in einem dem Ausschuss reservierten Zimmer aufbewahrt. Es sind ihr Beträge von insgesamt 500 M. nach und nach entwendet worden. Es konnte nicht ausbleiben, daß unter den auftauchenden Verdächtigen mehrere Personen lange Zeit schwer zu leiden hatten. Der jetzt entdeckte Thäter ist in der Person des 24 Jahre alten Studierenden des Maschinenbauwesens Kurt Kühnel bereits zur Haft gebracht worden und hat im Verlauf seiner Vernehmungen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Von den beklagten Vorfällen hat der Ausschuss der Studierenden umfangreiche Kenntnisse durch Anschlag am schwarzen Brett Kenntnis in folgendem Wortlaut gegeben: „Unterfertiger Ausschuss muß leider den Herren Studierenden der Technischen Hochschule die betrübende Mitteilung machen, daß zu den schon gemeldeten Diebstählen ein noch größerer hinzugekommen ist. Als gestern der 2. Kassierer von dem Niederfonds an der städtischen Sparkasse zu Charlottenburg eine Summe von 500 M. abheben wollte, stellte es sich heraus, daß in der Zeit vom 7. September bis Ende Oktober mittels des jedesmal gelohlenen Sparlassenbuchs und auf die gefälschte Unterschrift des unterzeichneten Vorsitzenden hin aus dem Fonds nach und nach die Summe von 6200 M. abgehoben worden ist. Der That dringend verdächtig ist das Mitglied des Ausschusses cand. techn. Kurt Kühnel aus Friedenau, der nach vorgelegter Photographie von den Beamten der Sparkasse als der Abheber der betreffenden Summe auf das bestimmteste erkannt worden ist. Der Ausschuss der Studierenden der k. Technischen Hochschule zu Charlottenburg.“ Ein weiterer Anschlag besagt, daß Kühnel von der Charlottenburger Kriminalpolizei verhaftet wurde und bereits sämtliche Diebstähle eingestanden hat. K., der unmittelbar vor dem Abschlußkamen stand, ist der Sohn einer sehr angesehenen, answärts wohnenden Familie und erhielt zur Fortsetzung seiner Studien einen angemessenen Zuschuß von seinem Vater, der von seiner Beamtenpension lebt. Der leichtsinnige Student giebt als Motiv der That an, daß ihn ein lustspieliges Liebesverhältnis auf die Bahn des Verbrechens gebracht hätte.

Die Uhr 739 für die Ermittlung Weber ist gestern verloren gegangen. Es sind etwa 4 M. darauf gezehmet. Der Finder wird erucht, sie Pappel-Allee 24 bei Friedel abzugeben.

Die Zeitung der Allgemeinen Ausstellung für naturgemähe Lebens- und Heilweise sendet uns zu unrem Referrat in der Sonnabendnummer eine Berichtigung, in der sie behauptet, daß entgegen unserer Mitteilung keine „Liquore“ in den Ausstellungsräumen zu finden seien. Unter Irrtum möge lediglich dadurch entstanden sein, daß eine große Anzahl alkoholfreier Trankstoffe und Punchessenzen aufgestellt sind, die irrtümlich für alkoholhaltige Substanzen gehalten worden wären. Dies ist nun nicht der Fall. Als wir unser Freude darüber Ausdruck gaben, daß Sinder und Gerechte, Freunde eines alkoholischen Trankes und Abstinenzler, auf der Ausstellung zu ihrem Rechte kämen, dachten wir an die Thatsache, daß es auch und unechte, alkoholhaltige und alkoholfreie There in den Ausstellungsräumen selbst, Liqueure dagegen im Restaurationsaal der Ausstellung gegen gutes Geld zu haben sind. Und diese an sich ja auch nicht weiter bedenkliche Thatsache wird wohl nicht gut bestritten werden können.

Wie die Kunst nach Brot geben muß, steht man zur Zeit im Wintergarten. Parterre-Akrobaten und Zauberkünstler, die außeralltliche Tänzerin Sabaret und die Serpentine-Tänzerin Ida Fuller, das sind Personen, die jezt je zum Bestand des Prestits gehört haben; wo wäre anderwärts Raum für sie? Aber die Kunst, in der das Variété jezt beim Publikum steht, macht es zahlungskraftig, und so werden Künstler, die es sich nicht haben träumen lassen, daß sie mit Chansonetten um die Palme ringen würden, der zehnten Waise dienbar. Eine junge Sängerin, Lucie Krahl, erprobt im Wintergarten ihre Stimme, allerdings in so hohen Lagen, daß dem Zuhörer fast schwindlig wird, wie beim Anblick von Trapezkünstlern, aber diese Stimme ist wohlgeschult, und auch die Lieder, welche die Dame vorträgt, können sich im Vestibül-Saale hören lassen. Weiter. Der Klavierkünstler Lamory hat bis dahin schlecht und recht in Konzerten von seinem Können Kunde gegeben und gewiß nicht allzu viel dabei geerntet. Jezt tritt er ebenfalls im Wintergarten auf, und zwar als Klavierkünstler. Es kam einem zwar weh dabei ums Herz werden, wenn ein solcher Mann sich in Kapriolen ergehen muß; doch auch in diesem Fall wird der Knüttel beim Hund gelegen haben. Helf er sich! Aber der Siegeszug des Prestits ist noch nicht zu Ende. Wer kennt ihn nicht, den lebenswichtigen Chinesen aus den „Geisha“, den wohlgewandten Operettensänger Emil Söndermann? Auch er ist zum Variété gegangen und singt dort Couplets, alte und neue, solche mit Schlagern und solche, bei denen das Publikum „Au“ ruft. Das ist der Kauf der Welt. Wann werden Jocham und die Kunstkräfte des Opernhauses ins Variété übersiedeln?

Theater. Auch den zweiten Villencron-Abend des Schiller-Theaters im Bürgerlaale des Rathhauses ist so lebhaftes Interesse entgegengebracht worden, daß der Kartenverkauf

hierzu schon mehrere Tage vorher eingestekt werden mußte. Es findet daher nächsten Sonntag, den 8. November, eine zweite Wiederholung des Villencron-Abends mit teilweise veränderten Programm statt. Der nächste Ländlicher-Abend (Johann Sebastian Bach-Abend) ist für den 15. November angezeit. — Central-Theater. An der heute Mittwoch stattfindenden Eröffnung von dem Märchenpiel „Der gestiefelte Kater“ wirken mit: Fr. Mia Berber, Fr. Claire Osten, Günther-Hahn und Irene Stuart sowie die Herren Rudolf Ander, Emil Albes, Karl Anaa, Paul Becker. Die Vorstellung beginnt um 4 Uhr nachmittags und dauert bis 6 1/2 Uhr. Jeder Erwachsene kann ein Kind frei mitnehmen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag kam in der Eldenaerstraße 1 durch Unvorsichtigkeit in einer Wohnung Feuer aus, das in kurzer Zeit Möbel, Decken und Kleidungsstücke ergriff. Bei den vergeblichen Versuchen, das Feuer zu ersticken, erlitt die Wohnungsinhaberin Frau Gahlbeil Brandwunden an beiden Händen und im Gesicht. Zur selben Zeit hatte die vierte Compagnie in der Adlerstr. 64 in einer Küche einen Brand zu beseitigen, der in der Hauptkammer des Fußbodens und die Balkenlage beschädigte. In der Roskoderstraße 5 war in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten, während in der Starstraße 11 Wäschestücke ein Raub der Flammen wurden. Kurz darauf wurde die Wehr fast gleichzeitig nach der Anklamerstraße 28 und nach der Brunnenstr. 25 gerufen. In beiden Fällen handelte es sich um Zimmerbrände, denen im wesentlichen Möbel, Gardinen und Kleidungsstücke zum Opfer fielen. Durch die Explosion einer Gasätherlampe war etwas später in der Zandstraße 18 ein Feuer ausgekommen, dessen Abkühlung längere Zeit in Anspruch nahm. Auf dieselbe Weise entstand nachmittags in der Markstraße 18 ein Brand. Die übrigen Alarmierungen, die außerdem von der Blumenstr. 68, Starfürstenstr. 81, Klosterstr. 64 und noch von verschiedenen andren Orten aus einliefen, betrafen Brände, welche bei Ankunft der Wehr von Hausbewohnern bereits abgelöscht waren.

Aus den Nachbarorten.

Stadtverordnetenwahl in Spandau.

Spandau, den 3. November. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Bei der Stadtverordnetenwahl am Dienstag folgten Genosse Duffsch mit 967, Schmidt mit 944, Müller mit 943, Piek mit 933 Stimmen. Die Gegner erhielten: Grunow 855, Woltersdorf 767, Späth 845, Zehmann 747 Stimmen.

Rixdorf. Ein schwerer Bau-Unfall ereignete sich auf dem Neubau Ede Thüringer- und Richardstraße. Der Zimmermann Hermann Krüger aus Charlottenburg stürzte infolge eines Schrittens ein Stockwerk tief hinab und blieb mit schwerem Verletzungen liegen. Nachdem der Bedauernswerte einen Notverband erhalten, erfolgte seine Ueberführung nach dem Charlottenburger Krankenhause. — Von einem schnellen Tode ereilt wurde gestern der Arbeiter Gustav Riemey aus der Steinmeyerstr. 111. Derselbe fiel auf der Straße um, wurde nach der städtischen Krankenanstalt geschafft und verstarb dort kurz nach der Einlieferung. Als Todesursache ergab sich ein schweres Schlagkopfleiden.

Schöneberg. Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer Sitzung am Montag mit einem Deputations-Antrag zu beschäftigen, der eine höhere Bezahlung für die mittleren und höheren Beamten vorschlug. Es entfiel dadurch der Stadt eine Mehrausgabe von etwa 20 000 Mark. Inse Parteilosen beantragten in der Beratung über diesen Gegenstand, die Gehälter der Botenmeister, Steuererheber, Magistratsdiener usw. zu erhöhen, ohne die Mehrheit der Versammlung für ihre Anträge erwärmen zu können. Die Vorlage selbst wurde einstimmig angenommen. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß bei den Landtagswahlen am 12. November die Wahlhandlung abends 5 Uhr beginnt; die dritte Abteilung wählt bis sieben Uhr. In Berlin und in andren Vororten glaube man bestmöglich den Beginn der Wahlhandlung auf zwei Uhr und vielfach noch weit früher ansetzen zu müssen. Warum sollte, was man in Schöneberg für möglich hält, nicht auch anderswo durchgeführt werden können?

Alt-Weißensee. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde das Gehalt eines Gemeindefretärs von 1200 auf 1500 M. erhöht. Begründet hatte man das Gehalt mit den hohen Lebensmittelpreisen und der hohen Wohnungsmiete. Ein Gemeindevertreter konnte nicht umhin, sich dahin auszusprechen, daß der Betreffende bis zum 1. April sich begnügen sollte. Wegen eines Gemeindevertreter sollte die Klage wegen rückständiger Pfasterkosten erhoben werden, jedoch wurde nach seinem Antrage beschlossen, noch acht Tage zu warten, er wolle noch ein Gutachten darüber einholen, ob er bezahlen müsse oder nicht. Ob man mit einem andren Bürger auch so viel Rücksicht genommen hätte? Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß die Bartholomäus-Gemeinde die zur Zeit bewilligte Beihilfe von 1000 M. für Schaffung eines nach ihrem Friedhofe führenden Fußweges in der Hallenbergerstraße zurückgezogen hat. Es wurde beschlossen, gegen die Kirchengemeinde bei weiterer Weigerung die Klage einzureichen.

Charlottenburg. In dem Bericht über das Abstimmungs-Resultat aus der letzten Versammlung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse hat sich gestern ein störender Druckfehler eingeschlichen. Nicht mit 1219 gegen 942 sondern gegen nur 342 Stimmen siegte die Liste des Gewerkschaftsartells.

Gerichts-Zeitung.

Streitposten und — subjektives Ermessen der Polizeibeamten. Der Richter Majorath hatte im Januar d. J. anlässlich des Streits bei dem „Berliner Holzcomptoir“ am Rühriner Platz Streitposten gestanden. Ein Schutzmännchen forderte ihn zum Verlassen des Platzes auf und als V. dem Aufforderung nicht nachkam, wurde er sisiert und mit einem Strafmandat über 30 M. bedacht. Auf die beantragte richterliche Entscheidung hin besahte sich gestern das Schöffengericht mit der Sache. Der als Zeuge vernommene Schutzmännchen behauptete, die Schutzmännchen habe vom Revierklientenamt strikte Anweisungen erhalten, die Streitposten in jener Gegend nicht zu dulden, weil es dort mehrere Tage vorher zu Schlägereien mit Arbeitswilligen gekommen sei und neue Zusammenstöße zu befürchten standen. Den Befehl habe V. indessen nicht behindert, weil der Platz fast völlig menschenleer war, auch habe er niemand belästigt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 M. unter folgender Begründung: Wenn der Angeklagte den Verkehr auch nicht behindert und niemand belästigt habe, so hätte er democh der Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen, Folge leisten müssen. Auf Grund der früheren Wechereien mit Arbeitswilligen, in die auch V. verwickelt gewesen sei, habe der Beamte sehr wohl neue Ausschreitungen befürchten können, und durch seine Aufforderung zum Weggehen deshalb mit Recht vorgehend gewirkt. Im Einklang mit einer neuerlichen Entscheidung des Kammergerichts sei deshalb der § 132 der Strafenordnung vom Angeklagten als verletzt angesehen worden.

Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden, denn nach Aussage des Angeklagten sind die Arbeitswilligen früher nicht mit Streikenden oder andren Passanten in Konflikt gekommen, was auch aus den Polizei-Acten hervorgeht.

Der Zusammenbruch des Bankhauses Burghalter führte zu dem Prozeß gegen den Prokuristen Gladow des Bankhauses Burghalter. Am Dienstag wurde nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil gefällt. Gladow wurde schuldig befunden der Begünstigung von Wertpapier-Unterhaltungen und eines selbständigen Betrugsalles. Unter Zustimmung mit andren Umständen wurde der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, wovon acht Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Gladow wurde auf freien Fuß gesetzt.